

SÜDWESTGRÜN

RUNDBRIEF DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN GRÜNEN IM BUNDESTAG

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

es grünt mit Nachdruck: in Natur und Politik. In Baden-Württemberg freuen wir uns über einen großartigen Wahlerfolg und gratulieren allen 58 neuen und neuen alten grünen Landtagsabgeordneten und vor allem Winfried Kretschmann von Herzen. Auch die Bundestagsabgeordneten unserer Landesgruppe waren in den letzten Monaten im Ländle unterwegs, virtuell und vor Ort, allein in den letzten beiden Wochen vor der Wahl auf über 30 Terminen. Nun gehen wir hoffentlich zügig in aussichtsreiche Koalitionsverhandlungen.



Auch im Bundestag geht die Wahlperiode rasant ihrem Ende zu. Zeit für eine kleine Bilanz auch jenseits der Pandemie, die die letzten 12 Monate geprägt hat. Schon lange vor Corona waren wir es, die als Opposition mit Klimaschutz, Ökologie und Nachhaltigkeit sowie Demokratie, Frieden und sozialer Gerechtigkeit die entscheidenden Zukunftsthemen auf die politische Agenda gesetzt haben. Als aktuell größte Landesgruppe der Bundestagsfraktion hatten wir daran entscheidend prägenden Anteil. Gerhard Schick und Kerstin Andreae sind in dieser Legislatur aus dem Bundestag ausgeschieden, um sich neuen Aufgaben zu widmen. Wir danken beiden an dieser Stelle von Herzen sehr für ihren Einsatz!

Auch für Sylvia Kotting-Uhl ist diese Wahlperiode ihre letzte. Sie tritt nach 16 Jahren im Bundestag nicht mehr an. Von 2009 bis 2013 war sie Sprecherin unserer Landesgruppe. Seit 2017 ist sie Vorsitzende des Umweltausschusses. Sylvia ist eine unbeirrbar, streitbar und ausgesprochen sachkundige Kämpferin für den Atomausstieg, hier bei uns und weltweit. Ganz herzlichen Dank für Deinen großen und erfolgreichen Einsatz, liebe Sylvia – Du wirst uns fehlen!

Dennoch blicken wir optimistisch auf unsere künftige grüne Landesgruppe nach der Wahl, von der wir hoffen, dass sie noch deutlich größer und schlagkräftiger wird. Das Ergebnis in Baden-Württemberg ist ein großartiger Auftakt für dieses in jeder Hinsicht sehr besondere Super-Wahljahr und gibt Rückenwind für den Herbst. Mit einem breit getragenen Willen zur Veränderung wird uns der sozialökologische Wandel unseres Landes gelingen. Lasst uns in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam und mit aller Kraft dafür werben.

Wachsen wir über uns hinaus! Alles ist drin!

Euer

Harald und die ganze Landesgruppe



DR. DANYAL BAYAZ

STARTUP-BEAUFTRAGTER

WWW.DANYAL.EU

Tel. 030 / 227-77247, Fax 030 / 227-70247, danyal.bayaz@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Schlossstraße 4, 68723 Schwetzingen
Tel. 07251 / 327 62 77, danyal.bayaz.wk@bundestag.de

WIRECARD, STARTUP-BEAUFTRAGTER UND GRÜNER WIRTSCHAFTSBEIRAT

Die Legislatur im Bundestag nähert sich dem Ende. Meine ersten Jahre im Bundestag waren spannend, lehrreich und intensiv. Ich glaube, dass ich gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen auch einiges bewegen konnte, nicht zuletzt durch meine Arbeit im Wirecard-Untersuchungsausschuss. Das ist eine wichtige Erfahrung, nicht nur für mich, sondern grundsätzlich: Politik kann einen Unterschied machen, die Umstände sind kein Schicksal, wir können etwas verändern.

WIRECARD-SKANDAL

Jan Böhmermann nennt Florian Toncar, Fabio de Masi und mich scherzhaft den „Detektiv-Club aus dem Bundestag“ (Link: <https://gruenlink.de/1z2w>). Tatsächlich fühlen wir uns wie Detektive bei der politischen Aufklärung des größten Bilanzskandals der bundesdeutschen Geschichte. Noch sind wir mittendrin, vernehmen weiterhin Zeugen und sichten Akten. Inzwischen haben wir Tausende Seiten und Hunderten Akten durchforstet, Mails durchleuchtet und dutzende Zeugen befragt, oft bis tief in die Nacht. Es zeigt sich schon jetzt, dass wir es mit einem System kollektiven Versagens zu tun haben. Wirtschaftsprüfer, Banken, Finanzaufsicht und Finanz- sowie Wirtschaftsministerium haben sich nicht mit Ruhm bekleckert. Jeder machte im besten Fall Dienst nach Vorschrift, im schlechtesten Fall sind sie den Lügen und Täuschungen der Wirecard-Manager auf den Leim gegangen.

Der laufende Untersuchungsausschuss hat vieles ans Licht geholt, was sonst im Dunkeln geblieben wäre. Seine Erkenntnisse zu Fehlern und Verantwortlichkeiten

haben zu personellen Konsequenzen an der Spitze der Finanzaufsicht (BaFin) geführt. Seine Arbeit hat erste Reformen angestoßen. So hat Finanzminister Olaf Scholz inzwischen einen Reformvorschlag zur Finanzaufsicht vorgelegt. Er beinhaltet längst überfällige Schlüsse zur Regulierung des Finanzmarkts, mit Blick auf die Aufsichtskultur und den Wirecard-Skandal springt er aber viel zu kurz. Viele Vorschläge hatten wir Grünen schon in der Schublade, auch aufgrund der Vorarbeit unseres ehemaligen Abgeordneten Gerhard Schick. Er hat jahrelang das Feld der Finanzaufsichtsreform beackert. Auf dieser Grundlage konnten wir schnell und gut aufbauen. Aufgrund der Arbeit des Untersuchungsausschuss kommt jetzt auch das überfällige Verbot des Aktienhandels durch BaFin-Mitarbeitenden. Dass ein solcher Handel überhaupt stattfand, kam erst durch wiederholte und hartnäckige Nachfragen raus. Das zuständige Bundesfinanzministerium wollte wie so oft nur scheinbar mit der Wahrheit herausgerückt ist.

Die Aufklärung des Wirecard-Skandals muss dazu führen, dass sich etwas Vergleichbares nicht wiederholt. Daher muss die BaFin vor allem an ihrem Selbstverständnis arbeiten. Sie muss kriminalistischer denken und selbst mehr IT-relevante Kompetenzen aufbauen, um neue Technologien und Geschäftsmodelle im Detail zu begreifen und zu kontrollieren. Zu häufig verwies die BaFin auf die Grenzen ihrer Zuständigkeit oder zog sich auf formale Prüfungen zurück. Die Aufsicht muss gefürchtet werden von jenen, die womöglich auf dumme Gedanken kommen. Daher braucht es jetzt eine kluge personelle Neubesetzung und eine gründliche Reform auf Basis der Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses, die auch zu einem kulturellen Wandel bei der Finanzaufsicht beiträgt.

WIRECARD, STARTUP-BEAUFTRAGTER & GRÜNER WIRTSCHAFTSBEIRAT



STARTUPS: FÜR INNOVATION & NACHHALTIGKEIT

Meine Fraktion hat mich zu Beginn der Legislatur zum Startup-Beauftragten benannt. Startups sind nicht nur der Mittelstand von morgen, sie können aufgrund ihrer Ideen und Innovationen auch ein wichtiger Faktor bei der ökologischen Modernisierung unserer Wirtschaftsweise sein. Sie bieten auch Konzernen Paroli, können mit ihnen aber auch zusammenarbeiten, um beispielsweise anhand von Digitalisierung neue Produkte und Dienstleistungen zu schaffen, die im besten Fall auch ressourceneffizientes und nachhaltiges Wirtschaften ermöglichen.

Wir wollen Gründer*innen fördern, die zu einem solchen Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft beitragen. So schlagen wir einen Gründerinnen-Fonds vor, damit die Startup-Landschaft vielfältiger wird. Wir möchten, dass Mitarbeiter über Veränderungen im Steuerrecht besser und einfacher an Startups beteiligt werden. Wir erkennen hier auch ein Element der Demokratisierung und Bindung von Fachkräften.

Wir haben vorgeschlagen, dass bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen häufiger Startups zum Zuge kommen, nicht nur die großen, etablierten Firmen. Wir wollen, dass mehr Kapital bereitgestellt wird für außergewöhnliche Innovationen, die eine positive Wirkung auf Klima, Umwelt und unser soziales Zusammenleben haben. Es geht hier etwa um Bereiche wie Greentech, Künstliche Intelligenz, nachhaltige Mobilität oder Life Science, die es aufgrund hochkomplexer Geschäftsmodelle und Risiken schwierig haben, am Markt an Kapital ranzukommen. Unser politisches Engagement wird auch durch Gründer*innen gewürdigt: Bei Umfragen landen Grüne auf Platz 1 (<https://gruenlink.de/1z2v>).

WIRTSCHAFTSBEIRAT DER GRÜNEN BUNDESTAGSFRAKTION

Ende Oktober 2018 wurde der Grüne Wirtschaftsbeirat der Bundestagsfraktion auf Initiative von Kerstin Andreea gegründet. Nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag im Herbst 2019 hat mir die Fraktion die Leitung des Wirtschaftsbeirats anvertraut. In regelmäßigen (inzwischen digitalen) Treffen tauschen wir uns mit Mitgliedern des Beirats über wirtschaftspolitische Themen aus.

Wir diskutieren über Konzepte der Bundestagsfraktion und relevante Erfahrungen aus der Praxis. Wir treten dabei ganz bewusst mit einem breiten Spektrum an Unternehmer*innen – von Startups bis DAX-Unternehmen, von Stahlindustrie bis regionaler Brauerei – in den Austausch. Auch mit solchen Firmen, die grünen Positionen möglicherweise nicht auf den ersten Blick nahestehen.

Wir haben kontroverse und produktive Debatten geführt. Es ging um Industriepolitik, Zukunftsmärkte und Arbeitsplätze, um Investitionen, Innovationen und die Schuldenbremse, um die Zukunft des globalen Handels sowie grundsätzlich um Rahmenbedingungen für eine ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft. Umwelt und Wirtschaft kommen nicht von alleine zusammen. Alle Beteiligten müssen etwas dafür tun. Sie müssen Konflikte austragen, Brücken bauen, Entscheidungen treffen.



DR. FRANZISKA BRANTNER

PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN
SPRECHERIN FÜR EUROPAPOLITIK

WWW.FRANZISKA-BRANTNER.EU

Tel. 030 / 227-73096, Fax.030 / 227-76094, franziska.brantner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Bergheimerstr. 147, 69115 Heidelberg
Tel. 06221 / 914 66 20, franziska.brantner.ma04@bundestag.de

GEMEINSAM FÜR EINE GRÜNE POLITIK IM BUND UND IN EUROPA

Europa wird grün! Es geht eine grüne Welle durch Europa, die sich immer weiter ausbreitet. Im Europaparlament sind wir fünftstärkste Kraft. Lyon, Marseille, Bordeaux, Straßburg und viele weitere Städte in Frankreich sind nun grün. Wir sind an sechs Regierungen in der EU beteiligt: Schweden, Finnland, Belgien, Irland, Österreich und Luxemburg. Unsere grünen Freunde in Europa warten auf uns, dass wir endlich in Berlin regieren um die Blockaden aufzulösen – beim Klima, bei Gerechtigkeit, beim Eintreten für Menschenrechte und Demokratie. Diese Aufgabe ist groß – aber mit dem Rückenwind aus Baden-Württemberg schaffen wir das gemeinsam.

#Allefür1Komma5: Gekämpft haben wir Grüne im Europaparlament, im Bundestag und in den EU-Regierungen auch für ein ambitioniertes europäisches Klimaziel und klare Vorgaben beim Wiederaufbaufonds – immer gegen die Bundesregierung. Vom 750 Milliarden-schweren Wiederaufbaufonds müssen nun 37 Prozent in Klimaschutz und 20 Prozent in die Digitalisierung fließen! Im Juni kommt nun das Legislativpaket „Fit for 55“ der EU-Kommission, um die Klimaziele umzusetzen. Damit wird der Green Deal konkret. Nun kommt es darauf an, was die nächste Bundesregierung daraus macht. Bis jetzt hat die Bundesregierung jedoch die Debatten um neue Klimaziele verzögert und sorgt bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) dafür, dass Milliarden weiterhin in industrielle Großbetriebe gehen.

#weareinthistogether: Meine Solidaraktion vor der Italienischen Botschaft betonte die Solidarität mit Italien, das zu Beginn besonders hart von der Pandemie getroffen

wurde. Mit Deutsch-Italienischen Appellen mit Wissenschaftlern wie Peter Bofinger und Fabrizio Barca, Kulturschaffenden wie Carolin Emcke und Francesca Melandri und Politikern wie Hans Eichel und Mario Monti forderten wir, den Weg frei zu machen für europäische Anleihen. Nach Zögern einigte sich die Bundesregierung mit Frankreich auf den Wiederaufbaufonds. Und dann haben wir ihn begründet!

#loveisnottourism: Die Bundesregierung schloss über Monate einseitig die Grenzen. Tausende unverheiratete Paare durften sich nicht sehen. In offenen Briefen an Innenminister Seehofer, in Anfragen und Anträgen setzte ich mich für sie ein, bis die Bundesregierung endlich unverheiratete Partner*innen mit einem Formular einreisen ließ. Jetzt gibt es seit Wochen erneut Einschränkungen für sie und wir kämpfen weiter. Im Vorstand der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung haben wir deutlich gemacht, dass stationäre Grenzkontrollen keine Lösung sind und wir stattdessen grenzübergreifende Maßnahmen brauchen. Die Bundesregierung stellt sich taub.

#democracyisnotforsale: Die europäische Demokratie steht unter Beschuss. Schon lange fordern wir einen Rechtsstaats-Mechanismus, damit EU-Gelder nicht mehr an Regierungen wie in Ungarn und Polen, die Grundrechte und Demokratie einschränken, sondern direkt an Kommunen und die Zivilgesellschaft gehen. Die Bundesregierung hat Entwürfe dazu immer weiter aufgeweicht. Mit Daniel Freud initiierte ich eine Petition vieler europäischer nationaler Abgeordneter und Europaabgeordneter, die dazu beitrug, dass der Mechanismus wieder gestärkt wurde. Doch kann Orban sein Oligarchen-Netzwerk weiter mit EU-Geld füttern, weil er mit seiner Klage dagegen diesen verzögert. CDU und CSU hofierten

GEMEINSAM FÜR EINE **GRÜNE POLITIK** IM BUND UND IN EUROPA



ihn weiter und warfen ihn nicht aus der Europäischen Volkspartei raus. Nun ist er selbst ausgetreten. Ein Armutszeugnis.

#LGBTIQFreedomZone: Immer wieder setzten wir Grüne uns ein für die Menschen in Europa, für ihre Vielfalt, für eine solidarische, freie, demokratische EU, im Parlament, im Netz und bei Aktionen vor Ort. Statt „LGBTI-freie Zonen“ in Polen hinzunehmen, erklären wir ganz Europa zur „LGBTIQFreedomZone damit wir in ganz Europa frei leben und lieben können.

#LeaveNoOneBehind: Wir kämpfen gegen das Elend in den überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln und Pushbacks an den Außengrenzen, für ordentliche Verfahren in allen Mitgliedsländern. Dass Kommunen als sichere Häfen Menschen in Not aufnehmen können. Dass Familien zusammenbleiben dürfen. Dafür brauchen wir eine neue, menschliche Gemeinsame Asylpolitik.

#AllesIstDrin: Im Grundsatzprogramm stehen wir ein für eine Europäische Förderale Republik. Auch unser Wahlprogramm zeigt, dass wir die Europapartei sind. Wir wollen die EU stärken und dafür reformieren: Entscheidungen per Mehrheit in der Außen-, Sozial- und Steuerpolitik, ein starkes Europaparlament und transnationale Listen bei den Europawahlen. Dass Europa enger zusammenwächst: mit einem europäischen Vereinsrecht, einer öffentlich-rechtlichen Medienplattform und indem europäische Grundrechte national einklagbar sind. Dass die nächste Bundesregierung nicht nur von Europa redet, sondern europäisch denkt und handelt.

Um all dies zu erreichen, brauchen wir das Vertrauen und den Dialog mit den Bürger:innen. Deswegen ist unser baden-württembergischer Weg des Brückenbau-

ens genau der richtige für den Bund, um bei den großen Fragen alle an einen Tisch zu bringen, wie beim Artenschutz die Bienenschützer:innen und Landwirt:innen. Mit dieser Politik des Gehörtwerdens haben wir über 10 Jahre Vertrauen aufgebaut. Indem wir Bürger:innen beteiligen, bei Planungsprozessen einbeziehen, wissenschaftliche Fakten berücksichtigen, damit unsere Politik jeden Tag besser wird. Mit einem neuen Teamgeist in der Regierung und in der Verwaltung, in der neue Ideen und Sichtweisen willkommen sind, so wie wir sie bei uns in der Partei willkommen heißen. Mit mehr Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen entlang von Aufgaben, die wir gemeinsam lösen.

Als Partei haben wir in den letzten Jahren Teilhabe, Teamgeist und Kooperation erfolgreich gelebt. Als Bündnispartei vereinen wir viele und haben unterschiedlichste Anknüpfungspunkte zu Vereinen und NGOs, die sich für Klimaschutz, Menschenrechte und Demokratie einsetzen, aber auch zu Unternehmen und Start-ups. So können wir unsere Schlagkraft und unsere Reichweite erhöhen. Es geht darum, für unsere grünen Ziele Mehrheiten zu erreichen, nicht beliebig zu werden.

Mit dem Rückenwind aus Baden-Württemberg und einem kooperativen Politikstil ist nun auch im Bund alles drin. Mit Annalena Baerbock und Robert Habeck haben wir dazu eine starke Spitze. Und wir haben überzeugende, durchdachte Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit. Lasst uns nun gemeinsam neue Brücken bauen für den Bund und für Europa: einen klimagerechten Wohlstand für alle schaffen, den sozialen Zusammenhalt erneuern, Europa und unsere Demokratie stärken.



AGNIESZKA BRUGGER

STELLVERTRETENDE FRAKTIONS-VORSITZENDE

WWW.AGNIESZKA-BRUGGER.DE

Tel. 030 / 227-71570, Fax 030 / 227-76195, agnieszka.brugger@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Rosenstraße 39, 88212 Ravensburg,

Tel. 0751 / 359 39 66, Fax 0751 / 359 39 67 agnieszka.brugger@wk.bundestag.de

ES GEHT ANDERS, ES GEHT BESSER, ALLES IST DRIN UND VIELES MÖGLICH

Die Pandemie und die Klimakrise stellen uns weltweit vor riesige Herausforderungen. Wir können sie meistern, mit Entschlossenheit, Gestaltungskraft und einer Politik, die alle mitnimmt. Ich bin fest davon überzeugt, hätten wir vor vier Jahren auch im Bund Verantwortung übernehmen können, hätten wir hätten angesichts der großen Krisen nicht vier weitere wertvolle Jahre verspielt, einiges anders und vieles besser gemacht.

Als ich nach der Wahl 2017 im grünen Kernteam bei den Jamaica-Sondierungen die Fragen der internationalen Politik verhandeln durfte – von der Handelspolitik bis zum sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte an die brutale Kriegsallianz im Jemen – habe ich nicht nur selbst viel gelernt. Ich glaube wie viele in unserer Partei, dass wir in diesem Moment den Grundstein für die grüne Stärke der letzten Jahre gelegt haben. Obwohl die Lage nach der Wahl schwierig war, wollten wir Verantwortung übernehmen und waren offen für kluge Kompromisse, klar in unseren Werten und standhaft bei unseren roten Linien. Aus dieser Haltung und unserer Vielfalt haben wir unsere größte Stärke gemacht.

BLICK FÜRS GRÜNE GANZE: MEINE ARBEIT ALS STELLVERTRETENDE FRAKTIONS-VORSITZENDE

Anschließend hat die Fraktion mich zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt und mir damit die Verantwortung für die Leitung unseres Arbeitskreises zu Internationaler Politik anvertraut. Wer Mitglied im Fraktionsvorstand ist, gestaltet die großen strategischen Fragen mit, muss Themen-Allrounder*in sein, viele Themen gleichzeitig im Blick haben und gerade in Krisen schnell neue Antworten entwickeln.

Außerdem erarbeite ich im komplexen Bereich der internationalen Politik mit unseren Fachpolitiker*innen schnell klare und gemeinsam getragene Positionen. Das kann heißen, mal für das grüne Team zurückzutreten, oder unserer Kritik an verantwortungslosen Rüstungsexporten oder North Stream 2 am Redepult sachlich im Ton und hart in der Sache Nachdruck zu verleihen. Manchmal bedeutet es auch den Rassisten rechts außen im Parlament mit lauter, klarer Stimme die Stirn zu bieten. Und ganz oft heißt es Gespräche und Verhandlungen intern oder mit anderen Fraktionen zu führen. Denn je mehr sich für ein Anliegen verbünden, umso größer die Chance auf Verbesserung, auch aus der Opposition heraus.

UNSERE VIELFALT IST UNSERE STÄRKE: MEINE ARBEIT IM LANDESVORSTAND

Nach sechs Jahren im Landesvorstand und einer Pause bin ich froh, seit 2019 für die Landesgruppe wieder Mitglied in diesem wunderbaren Gremium zu sein und gerade in diesen wichtigen Zeiten die Geschicke unserer Landespartei mitzugestalten. Vom Entwurf unseres Landtagswahlprogramms über den historischen Wahltag 14. März bis zu den Koalitionsverhandlungen. Auch hier bin ich überzeugt: Die große inhaltliche Klarheit und die kluge Kompromissbereitschaft, der Wille zur Verantwortung und unsere Vielfalt machen uns stark.

KRISEN KÖNNEN WIR MEISTERN: FÜR EINE VOR- AUSSCHAUENDE UND SOLIDARISCHE POLITIK

Die Pandemie trifft weltweit wie bei uns in Baden-Württemberg die Schwächsten besonders heftig und verschärft bestehende Ungerechtigkeiten. Allein kann kein Staat die Pandemie bewältigen, überwinden werden wir sie nur mit globaler Solidarität. Als andere in nationalistische Reflexe verfallen sind, war es die grün-geführte Landesregierung

ES GEHT ANDERS, ES GEHT BESSER, ALLES IST DRIN UND VIELES MÖGLICH



die Patient*innen aus Frankreich aufgenommen hat, während die Grünen anfangs die einzige Stimme im Bundestag waren, die eine global solidarische Antwort eingefordert hat. Es war mir ein absolutes Herzensanliegen, diesen Prozess in der Fraktion zu gestalten, neue Antworten zu finden und dafür Druck zu machen.

Die Pandemie ist wie die Klimakrise ein Weckruf für eine bessere, vorausschauende Politik. Wir müssen unsere Lebensgrundlagen und die Zukunft unserer Kinder schützen. Ab Herbst brauchen wir einen entschlossenen und mutigen Aufbruch zum Schutz des Klimas, mit einem sozialen und ökologischen Green Deal, dem Ausbau der Erneuerbaren und dem schnellen Ausstieg aus den Fossilien.

DEMOKRATIE VERTEIDIGEN UND STÄRKEN: KLARE KANTE GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Lange musste ich mir von der Bundesregierung anhören, dass es keine Probleme mit Rechtsextremismus bei den Sicherheitskräften gäbe. Inzwischen kann diese Gefahr niemand mehr leugnen. Mit unserer grünen Hartnäckigkeit haben wir für Aufklärung gesorgt, für umfassende Analysen und Gesetzesänderungen. Die Gefahren für die Demokratie durch Rechtsextremismus und Autoritarismus gehören national wie international, im Alltag und im Netz ganz oben auf die Tagesordnung und hier werde ich niemals locker lassen.

FÜR FRIEDEN, SICHERHEIT UND FEMINISMUS – MEINE HERZENANLIEGEN SEIT JEHER

Seit ich mich politisch engagiere, setze ich mich für Frieden, Sicherheit und Menschenrechte ein. Das heißt mehr Geld und Personal für zivile Konfliktlösungen und Entwicklungsperspektiven, mehr Rüstungskontrolle und Abrüstung statt gefährlicher Aufrüstungsspiralen oder immer mehr Rüstungsexporten. In all meinen drei Wahlperioden war

ich Mitglied eines Untersuchungsausschusses und habe viele Skandale mit aufgeklärt. Ich möchte in Zukunft dafür sorgen, dass gerade im Verteidigungsbereich mehr Transparenz herrscht und unser Steuergeld nicht im nächsten Rüstungsskandal verschwendet wird.

Es ist zwar schön, wenn andere demokratische Fraktionen zwei meiner Anträge und Herzensanliegen der letzten Jahre begrüßen. Aber ich will, dass sich in den nächsten Jahren Außenpolitik wirklich verändert und verbessert. Wir brauchen eine Feministische Außenpolitik, die die Perspektiven von Frauen und marginalisierten Gruppen mitnimmt und ihre Potentiale nutzt. Wir müssen die Verbrechen unserer Kolonialvergangenheit umfassend aufarbeiten. Und wir müssen die EU stärken und dafür sorgen, dass sie außenpolitisch mit einer Stimme spricht und sich als relevanter Player für ihrer Werte einsetzen kann, statt nur Spielball anderer Staaten zu sein.

POLITIK, WENN SIE KONKRET WIRD – MEINE ARBEIT IN OBERSCHWABEN

In meinem wunderschönen Wahlkreis Ravensburg bin ich für die Menschen nicht nur Außenpolitikerin, es ist mir ein Herzensauftrag ihre Ideen und Sorgen in das Parlament zu tragen. Von Unternehmer*innen, die sich für faire Produktionsbedingungen einsetzen. Von engagierten Menschen in sozialen Einrichtungen, die tagtäglich Inklusion mit Leben füllen. Von Landwirten, die regional und nachhaltig wirtschaften, von Schüler*innen, denen der Schutz des Waldes sehr am Herzen liegt. Von all den Menschen, die gerade verzweifelt sind und dringend Hilfe brauchen. Ich liebe Politik am meisten, wenn sie konkret wird, wir Probleme lösen oder an einer besseren Zukunft bauen können. Und ich will, dass wir Grüne dazu nicht nur im Land, sondern in Zukunft endlich auch im Bund die Möglichkeit haben.



DR. ANNA CHRISTMANN

SPRECHERIN FÜR INNOVATIONS- UND TECHNOLOGIEPOLITIK
SPRECHERIN FÜR BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

WWW.ANNACHRISTMANN.ORG

Tel. 030 / 227-79227, Fax 030 / 227-70230, anna.christmann@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Tübinger Str. 1, 70178 Stuttgart

Tel. 0711 / 66 47 61 99, anna.christmann.wk@bundestag.de

GERADE JETZT FÜR INNOVATION UND ZUSAMMENHALT

Wir sehen in der Pandemie, wie zentral neue Ideen und Innovation für eine krisenfeste Gesellschaft sind. Das gilt gegen Corona, das gilt aber auch gegen die Klimakrise, deren Bekämpfung mit jedem Tag dringender wird. Und nicht zuletzt ist es der gesellschaftliche Zusammenhalt, der gerade in der Krise entscheidend für konsequentes und gemeinsames Handeln ist. Seit ich Mitglied unserer Bundestagsfraktion bin, streite ich deshalb für eine starke grüne Stimme für Innovation und Zusammenhalt im Bundestag. Und seit Corona gilt: gerade jetzt brauchen wir kluge Ideen und eine lebendige Demokratie für eine gute Zukunft. Deswegen werde ich an den folgenden Themen, die mich in dieser Wahlperiode umgetrieben haben, weiter dranbleiben!

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ ZUM WOHL VON MENSCH UND UMWELT

Um die Krisen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen, müssen wir auch die Mittel des 21. Jahrhunderts nutzen. Dafür müssen wir Künstliche Intelligenz aktiv in Europa gestalten. Deswegen habe ich in unserer Bundestagsfraktion unsere grüne KI- Strategie entwickelt, die wir dieses Jahr verabschiedet haben. Wie schon bei unserer digitalen KI-Konferenz im letzten Jahr zeigen wir in unserer Strategie auf, wie die Technologie zum Wohl von Mensch und Umwelt eingesetzt werden kann. Wir wollen KI für Klima und Gesundheit nutzen und einen Missbrauch für Überwachung und Desinformation verhindern. Es geht nicht um Terminator, sondern um effizientere Windkraft und bessere Krebserkennung. Dafür stärken wir Forschung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, wie wir es im Land mit dem Cyber Valley in Stuttgart und Tübingen bereits tun.

INNOVATIONEN FÜR MOBILITÄT DER ZUKUNFT

Anstatt mit neuen Technologien und städteplanerischen Mitteln für eine zukunftsfähige, nachhaltige Mobilität in der Stadt und auf dem Land zu sorgen, hält die Bundesregierung nach wie vor lieber an veralteten Technologien fest. Dabei sind es die neuen Ideen, auf die wir setzen müssen und die wir mutig und entschlossen ausprobieren müssen. Schon zu Beginn der Wahlperiode habe ich Experimentierräume für die Mobilität der Zukunft vorgeschlagen, um endlich gute Luft, weniger CO2 und mehr Lebensqualität in Stadt und Land zu erreichen. Mit dem Antrag "Mobilitätsforschung neu denken – Experimentierräume für Stadt und Land schaffen" zeigen wir auf, was alles heute schon möglich wäre, wenn visionäre Ideen mit aktuellen Technologien und sozialen Innovationen kombiniert würden. Das zeigt sich auch bei den Zulieferern bei uns in der Region Stuttgart: sie setzen zunehmend auf Diversifikation, investieren in E-Ladeinfrastruktur und Brennstoffzellen. Diesen Weg gilt es konsequent zu unterstützen.

BUNDESREGIERUNG HAT BEI ZUKUNFTSPROJEKTEN VERSAGT

Für den Wandel brauchen wir dringend neuste Technologien, die wir bei uns entwickeln. Ministerin Karliczek hat dabei jedoch leider ein Projekt nach dem anderen verschleppt. Allen voran die Batteriezellenfertigungsfabrik, die nach eigenem Gutdünken statt nach besten Voraussetzung am Standort vergeben wurde. Da die Standortentscheidung für Münster von Beginn an fragwürdig war, habe ich mich früh für Sondersitzungen und Aufklärung des Vergabeverfahrens eingesetzt. Am Ende hat auch der Bundesrechnungshof bestätigt, dass es massive Fehler im Ministerium gegeben hat. Dennoch hat die Entscheidung des Ministeriums zu einem

GERADE JETZT FÜR *INNOVATION* UND *ZUSAMMENHALT*



Scheitern mit Ansage geführt: während in Münster noch Gebäude geplant werden, laufen bei Tesla und Co schon in Kürze die ersten Batterien vom Band. So verschläft man den Wandel, statt ihn aktiv zu gestalten und damit unseren Wohlstand mit klimafreundlichen Technologien zu sichern.

GUTE IDEEN UMSETZEN MIT NEUER VERWALTUNGS- UND GRÜNDUNGSKULTUR

Auch die Fehlleistungen der Bundesregierung bei der Pandemiebekämpfung schreien nach neuen Wegen der Umsetzung von Innovationen. Die digitale Kontaktnachverfolgung per App spielt fast keine Rolle, statt zu einem wichtigen Element einer Exitstrategie aus dem Lockdown zu werden. In Taiwan hingegen werden solche Apps zum Beispiel wöchentlich aktualisiert, bis sie die Anforderungen erfüllen, die wirklich helfen. Ich habe deswegen schon früh in der Pandemie in 2020 eine Technologie Taskforce zur Bekämpfung von Corona vorgeschlagen. Mit den traditionellen Strukturen können wir eine Ausnahmesituation wie derzeit kaum bewältigen. Wir brauchen mehr Pragmatismus, Flexibilität und Expertise aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Auch gegen den Digitalisierungstau beim Breitband, in den Schulen, Krankenhäusern und der Verwaltung brauchen wir eine neue Verwaltungskultur.

Gute Ideen aus der Wissenschaft müssen durch bessere Bedingungen für Ausgründungen und Start Ups schneller zum Leben erweckt werden. Oft müssen Gründungsteams hohe Lizenzen an Forschungsinstitutionen zahlen, um ihre Idee im eigenen Unternehmen verwirklichen zu dürfen. Das hemmt den Gründungsgeist, ich setze mich deswegen für einfachere Modelle wie zum Beispiel eine niedrige Beteiligung der öffentlichen Hand an den Unternehmen ein.

ENGAGEMENTOFFENSIVE UND STÄRKUNG DER FREIWILLIGENDIENSTE

Bei uns im Land hat Gisela Eler als Staatsrätin für Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft in den letzten 10 Jahren eine großartige Arbeit geleistet. Leider fehlt auf Bundesebene eine solche klare Zuständigkeit für Engagement und das Thema fällt oft hinten runter. Ich setze mich dafür ein, dass sich das ändert und habe in den letzten Jahren eine Aktionswoche unserer Fraktion für bürgerschaftliches Engagement initiiert, in der wir viele Vereine und Initiativen vor Ort besucht haben. Für sie haben wir im Bundestag eine Engagementoffensive beantragt, die für gute Rahmenbedingungen, Unterstützung bei der Digitalisierung und niederschwellige Förderangebote sorgt. Gerade nach der Corona-Krise brauchen wir einen neuen Aufbruch und mehr Sichtbarkeit für die Engagierten im Land.

MIT BÜRGER*INNENRÄTEN DIE DEMOKRATIE STÄRKEN

Im Land kennen wir die gelosten Bürgerforen, die gerade jüngst zur Diskussion der Corona-Maßnahmen eingesetzt wurden. Auf Bundesebene hat der Verein Mehr Demokratie zusammen mit weiteren Akteuren jetzt schon den zweiten Bürger*innenrat durchgeführt. Das darf nicht die Ausnahme bleiben, sondern muss die Regel sein! Deswegen haben wir in der Fraktion auf meine Initiative ganz frisch einen Antrag für eine lebendige Demokratie beschlossen, in dem wir Bürger*innenräte auf Bundesebene einführen wollen. Denn gute Beteiligungsinstrumente stärken die repräsentative Demokratie!



HARALD EBNER

SPRECHER FÜR GENTECHNIK- UND BIOÖKONOMIEPOLITIK
SPRECHER FÜR WALDPOLITIK

WWW.HARALD-EBNER.DE

Tel. 030 / 227-73025, Fax 030 / 227-76025, harald.ebner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Gelbinger Gasse 87, 74523 Schwäbisch Hall
Tel. 0791 / 97823731, Fax 0791 / 97823733, harald.ebner.ma03@bundestag.de

AGRARPOLITIK ENDLICH WECHSELN!

Nicht nur im Pandemiemanagement offenbart sich in den letzten Monaten eine besorgniserregende, geradezu chaotische Planlosigkeit der schwarz-roten Bundesregierung. Ein Zustand, den wir in der Agrarpolitik schon lange kennen. Seit Jahren bleibt die Bundesregierung echte Antworten auf die Klima- und Waldkrise, das Insektensterben und das Höfesterben schuldig.

AUFBRUCH STATT „WEITER SO“

Ohne konsequente Neuausrichtung der Agrarförderung wird die Agrarwende nicht gelingen. Ökologischere Bewirtschaftungsverfahren und artgerechte Tierhaltung müssen für die Betriebe auskömmlich sein, um aus dem Hamsterrad der Intensivierung aussteigen zu können. Wir müssen auch im Bund und in Europa den Weg ebnen für einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft, der sowohl Gemeinwohlziele zielgerecht fördert als auch LandwirtInnen mehr Planungssicherheit und Unterstützung bei der Bewirtschaftungsumstellung gibt.

Einen vergleichbaren Aufbruch blockiert Agrarministerin Klöckner auf Bundesebene. Sie redet zwar von Systemwechsel, hat aber in Brüssel das glatte Gegenteil verhandelt und dabei die EU-Ziele der Farm-to-Fork-Strategie zur Ökologisierung der Landwirtschaft ignoriert. Bei der nationalen Umsetzung der GAP-Reform wollte Klöckner jetzt ebenfalls so viel wie möglich beim Alten lassen – und sogar noch weniger Gelder für Ökosystemleistungen bereitstellen als in ihrem schlechten Verhandlungsergebnis in Brüssel.

Und das Ganze noch möglichst vor der endgültigen Entscheidung in der EU zu zementieren. Nur dem hartnäckigen grünen Verhandlungskurs in der Agrarminister-

konferenz ist es zu verdanken, dass sich die Länder geeinigt haben, bis 2027 immerhin 47 Prozent der Direktzahlungen an Gemeinwohlleistungen zu knüpfen. Wir Grüne werden weiter für eine vollständige Bindung der Agrargelder an Gemeinwohlleistungen kämpfen.

LÖSUNGEN STATT PR-POLITIK

Probleme verschleppen und aussitzen, bis es nicht mehr anders geht, ist Klöckners Markenzeichen. Die Düngeverordnung wurde erst nach akuter Androhung von Geldstrafen aus Brüssel geändert, die betäubungslose Ferkelkastration um 2 Jahre unnötig verlängert und die Sauenhaltung in Kastenständen wollte Klöckner sogar für Jahrzehnte weiterlaufen lassen. Stillstand und fehlende Fördergelder prägen Klöckners Politik auch bei der Zukunftsstrategie Ökolandbau – mit dem Ergebnis, dass mehr Bioprodukte als nötig aus dem Ausland stammen, weil regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen und damit Absatzsicherheit fehlen.

Die Bundesregierung fällt dem Ökolandbau auch mit ihrer Pro-Gentechnik-Politik in den Rücken. Repräsentative Umfragen zeigen stets eine große Mehrheit für eine klare Kennzeichnung und Risikobewertung auch der neuen Gentechnikverfahren wie der Genschere (CRISPR Cas/9).

Doch Klöckner treibt in Brüssel die Deregulierung neuer Gentechnikmethoden voran und tritt so Wahlfreiheit und Vorsorgeprinzip mit Füßen. Stiefkind bleiben Nachweisverfahren und Risikoforschung. Während hier nur vier Millionen Euro investiert wurden, flossen über 114 Millionen Euro in die Entwicklung neuer Gentech-Pflanzen. Dieses Ungleichgewicht ist nicht plausibel begründbar.

AGRAPOLITIK ENDLICH WECHSELN!



KLIMAFREUNDLICHE UND KLIMAANGEPASSTE LANDWIRTSCHAFT

Die letzten Dürresommer haben klargemacht, dass die Klimakrise eine enorme Herausforderung für die Landwirtschaft darstellt und Betriebe dringend Unterstützung bei der Umstellung auf klimafreundlichere und risikoverminderte Bewirtschaftungsformen brauchen. Aber konkrete Maßnahmen für Bodenschutz, Humusaufbau, Agrarforstwirtschaft oder Klimaschutz durch Moorwiedervernässung legt die Bundesregierung auch hier nicht vor. Klöckners einseitiger Fokus auf rein technische Lösungen wie Digitalisierung entspricht ihrer Politik des „Weiter so“.

WIRKLICHER INSEKTENSCHUTZ, ECHTER GLYPHOSATAUSSTIEG

Das zeigt sich auch beim sogenannten Insektenschutzpaket – einer Mogelpackung, die noch hinter das ambitionlose Aktionsprogramm Insektenschutz der Bundesregierung zurückfällt. Die geplante Verordnung zur Beschränkung des Glyphosateinsatzes strotzt vor Ausnahmen und Schlupflöchern. Ein Verbot ist nicht vorgesehen. Es sei denn, die EU lässt den Pflanzenkiller gar nicht mehr zu. Tatsächlich läuft aber schon wieder ein Verfahren zur Zulassungsverlängerung von Bayer und Co, dessen Ausgang offen ist. Obwohl nicht nur wir Grüne, sondern auch immer mehr WissenschaftlerInnen eine Reform der Zulassungsverfahren fordern, verschleppt Klöckner auch hier Fortschritte, etwa wenn es um bessere Leitlinien zur Risikobewertung von Pestiziden für Bestäuber geht. Auch das Verbot der bienengiftigen Neonicotinoide hatte nicht lange Bestand. Klöckners Behörde BVL erlaubte Notfallzulassungen für die Beizung von Zuckerrübensaatgut mit den berüchtigten Insektiziden. Klöckners Versprechen „Was der Biene schadet, muss vom Markt“ ist längst passé.

KLIMA-WALD-UMBAU ANPACKEN

Die Klimakrise setzt bereits heute unseren Wäldern massiv zu. Nur noch jeder fünfte Baum ist in der Krone gesund. Waldökosysteme systematisch zu stärken und von Stressfaktoren zu entlasten, wäre jetzt das Gebot der Stunde – also mehr Baumartenvielfalt, mehr Naturnähe, schonendere Bewirtschaftungsverfahren und auch wirksame Vorgaben zur Reduktion überhöhter Wilddichten, die einen Aufwuchs v.a. junger Laubbäume verhindern.

Doch die Bundesregierung teilt bei Waldhilfen viel Geld nach dem Gießkannenprinzip aus, ohne klare ökologische Anforderungen. Das gilt v.a. für ihre Waldprämie wo das Geld allein schon für eine Zertifizierung nach dem wenig strengen PEFC-Standard überwiesen wird (siehe letztes SWG).

Dieses Mitnahme-Förderprogramm für ein Greenwashing-Siegel will Klöckner nun sogar zur Blaupause für eine pauschale Walddauerförderung machen, angeblich zur Honorierung des Klimaschutzbeitrags. Damit würde ein ungerechtes Flächenprämiensystem im Wald eingeführt, das wir in der Landwirtschaft seit Jahrzehnten überwinden wollen!

Wir wollen, dass auch im Wald öffentliche Gelder nur für öffentliche Leistungen ausgegeben werden, transparent, nachvollziehbar und mit ökologischer Lenkungswirkung.

Nur mit Grüner Beteiligung an der künftigen Bundesregierung wird es gelingen, die Weichen in der Agrarpolitik endlich in Richtung Krisenfestigkeit zu stellen. Es kann gelingen, es wird gelingen! Alles ist drin!



MATTHIAS GASTEL

SPRECHER FÜR BAHNPOLITIK

WWW.MATTHIAS-GASTEL.DE

Tel. 030 / 227-74150, Fax 030 / 227-70150, matthias.gastel@bundestag.de

REGIONALBÜRO Aicher Straße 2 (Zugang über Rosenstraße), 70794 Filderstadt
Tel. 0711 / 99 72 61 40, matthias.gastel.ma04@bundestag.de

BEWERTUNGSVERFAHREN: BUND BLOCKIERT SCHIENENPROJEKTE

Für einen attraktiven Bahnverkehr wollen wir Grüne Strecken bauen, ausbauen und reaktivieren. Baden-Württemberg geht hier mit gutem Beispiel voran und treibt die Reaktivierung, den Ausbau und die Elektrifizierung von Bahnstrecken konsequent voran. Um diese Ausbauten auch durch den Bund gefördert zu bekommen, gibt es das sogenannte Standardisierte Bewertungsverfahren. Damit wird der volkswirtschaftliche Nutzen von Infrastrukturprojekten überprüft. Nur wenn die Berechnung positiv ist, fördert der Bund solche Infrastrukturvorhaben. Der Fördersatz liegt dann bei bis zu 90%. Das aktuelle Verfahren ist leider völlig ungeeignet. Der CO₂-Preis wurde zum Beispiel bei der letzten Aktualisierung von 231 auf 149 Euro reduziert, wodurch die Bahn als Klimaschutzmaßnahme geschwächt wurde!

Auch in Baden-Württemberg können einige Projekte vor allem wegen der Standardisierten Bewertung nicht umgesetzt werden: Die Bottwartalbahn zwischen Marbach und Heilbronn hat ein hohes Nachfragepotential, scheiterte jedoch zuletzt an der Standardisierte Bewertung. Auch die Planung der Stadtbahn zwischen Esslingen und Ostfildern pausiert, da hierfür die neue Bewertungsmethodik abgewartet werden muss, die sich jedoch leider verzögert. Selbst bei schon umgesetzten Projekten zeigt sich ein großer Schwachpunkt der bisherigen Methodik. Aktuell können Maßnahmen, die die Pünktlichkeit verbessern, nicht berücksichtigt werden. Resultat dieser fatalen Logik ist beispielsweise die Breisgau-S-Bahn. Es musste auf Maßnahmen, die die Pünktlichkeit verbessern würden, verzichtet werden, da es ansonsten überhaupt keine Förderung durch den Bund gegeben hätte.

Die Probleme mit dem Verfahren sind der Bundesregierung spätestens seit 2018 bekannt. Erst jetzt – 2021 – hat sie endlich ein neues Verfahren in Auftrag gegeben. Bis dieses vorliegt, hält die Hängepartie einiger Bauprojekte weiter an.

SCHWUNG FÜR EUROPÄISCHE NACHTZÜGE?

Die Deutsche Bahn (DB) hat ihre Nachtzüge vor einigen Jahren eingestellt. Viele der früheren Linien sind heute tagsüber oder auch mit über Nacht fahrenden ICE und IC so schnell erreichbar, dass Nachtzüge auf Strecken unter 1.000 Kilometer häufig nicht mehr viel Sinn machen. Dafür steht eine neue Nachtzug-Kategorie nun vor einer Renaissance: Wir Grünen haben mit vielen anderen Initiativen europaweit dafür gekämpft, dass lang laufende europäische Nachtzüge wohl bald Realität werden dürften. Das europäische Hochgeschwindigkeits-Netz ermöglicht uns heute Verbindungen von Strecken um 1.600 km über Nacht. Sie fahren abends zwischen 18 und 20 Uhr los und kommen morgens zwischen 8 und 10 am Zielort an. Zwischen Mitternacht und 4 Uhr fahren sie mit bis zu 200 Stundenkilometer oder mehr ohne Halt mit garantierter Nachtruhe.

Die Österreichische ÖBB hat sich als wichtigster Player etabliert und weitet derzeit ihr „NightJet“-Netz sukzessive aus. So geht es mittlerweile wieder von Wien und München nach Brüssel oder Amsterdam. Gut zehn weitere Linien hat die ÖBB bereits im Programm, Tendenz steigend. 26 Verbindungen sollen es bald werden. In Österreich fördert der Staat aktiv die Nachtzüge. Statt hohe Trassenpreise zu kassieren müssen auch wir als Kernland Europas aktiv daran mitwirken. Sich alleine auf den Markt zu verlassen, ohne ein eigenes Konzept zu haben, genügt nicht.

Vereinzelt gibt es Lichtblicke privater Angebote wie den Alpen-Sylt-Express. Weitere verheißungsvolle Initiati-

NACHTZÜGE, NEUBAU, GRENZÜBERSCHREITENDER VERKEHR **BUMMELZUGTEMPO**

ven gibt es von der Schwedischen Regierung, die einen Nachtzug von Stockholm oder Malmö nach Köln oder möglicherweise sogar bis Brüssel auf die Schiene bringen will – ebenfalls mit staatlicher Unterstützung. Deutschland ist abermals nicht mit im Boot. Eine neue Studie, die im Februar vorgestellt wurde, bringt weiteren Schwung in die Debatte: Eine Verbindung von Frankfurt nach Barcelona würde uns nicht nur über Nacht ans Mittelmeer bringen, sondern möglicherweise auch Güterwaggons mitnehmen, um wirtschaftlicher fahren zu können.

Dennoch bleibt viel zu tun. Für ein dauerhaftes, verlässliches und europäisches Netz bedarf es neben staatlicher Unterstützung, günstigeren Trassenpreisen und neuem, komfortablen Wagenmaterial auch eine europäische Koordination. So braucht es klare Regeln, wie Tickets über alle großen Buchungsportale verkauft werden können. Natürlich braucht es auch Preise, die mit denen der Airlines mithalten können: Im Euro-Nacht-Sprinter sollte es im Liegewagen oder komfortablen Liegesitzen für flexible Frühbucher ein attraktives Kontingent an Europa-Sparpreisen zwischen 29 und 99 Euro geben.

GRENZÜBERSCHREITENDER BAHNVERKEHR: DEUTSCHLAND BAUT IM BUMMELZUGTEMPO

2021 ist das "Europäische Jahr der Schiene". Für die Fraktion ein Grund mehr, zu vereinbarten grenzüberschreitenden Aus- und Neubauvorhaben mit einer Kleinen Anfrage nachzuhaken. Die Antworten zeigen, dass auch die zwischen Deutschland und Frankreich sowie der Schweiz vereinbarten Bahnprojekte auf deutscher Seite nur schleppend vorangehen (s. BT-Drs. 19/19/26633).

Am weitesten ist der Rückstand beim Ausbau der Strecken in das „Bahnland“ Schweiz. Bereits 1996 schlossen

Eidgenossen und Deutsche den Vertrag von Lugano ab, der unter anderem den viergleisigen Ausbau der Oberrheinstrecke vorsieht. Zwar startete 1987 noch die Deutsche Bundesbahn das Großprojekt, doch das Vorhaben kam zu Beginn des neuen Jahrtausends ins Stocken. Zwischenzeitlich baute die Schweiz ab 1999 die NEAT mit drei langen Basistunnel. Für rund 23 Milliarden Franken und innerhalb von zwei Dekaden haben die Schweizer damit die Voraussetzungen für die weitgehende Verkehrsverlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene geschaffen.

Der Aus- und Neubau der Oberrheinstrecke wird sich dagegen bis weit in die 2030er-Jahre hinziehen. Der Projektabschluss wird derzeit auf 2041 terminiert – 45 Jahre nach Abschluss des Vertrags von Lugano. Auch westlich des Rheins wird die Erfüllung von bilateralen Verträgen zum Bahnausbau ernsthafter verfolgt. Frankreich kam seinen Verpflichtungen des Vertrags von La Rochelle aus dem Jahr 1992 nach und stampfte bis 2016 insgesamt 406 Kilometer Hochgeschwindigkeitsstrecke aus dem Boden und investierte dafür 5,3 Milliarden Euro. Die Fahrzeit Paris – Straßburg schrumpfte auf eine Stunde und 45 Minuten.

Östlich des Rheins blieb es bei Ausbaustrecken, so dass die ursprünglich angestrebte Fahrzeit Paris – Frankfurt von etwa 3,5 Stunden nicht erreicht werden kann. Bis zur Vollendung des Vorhabens auf deutscher Seite fehlt noch das europäische Zugsicherungssystem ETCS, das erst 2025 den Schlussstein des Projekts bildet.

Fazit: Deutschland ist bahnpolitisch alles andere als ein europäischer Musterschüler. Künftig müssen Staatsverträge zum Bahnausbau mit verbindlichen Planungsaufträgen und Finanzierungsverträgen hinterlegt werden, damit uns weitere verkehrs- und europapolitische Blamagen wie bei der Oberrheinstrecke erspart bleiben.



SYLVIA KOTTING-UHL

VORSITZENDE DES AUSSCHUSSES
FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT

WWW.KOTTING-UHL.DE

Tel. 030 / 227-74740, Fax 030 / 227-76742, sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe

Tel. 0721 / 151 86 87, Fax 0721 / 151 86 90, sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

LIEBE BADEN-WÜRTTEMBERGISCHE FREUND*INNEN,

Dies ist die letzte Bilanz, die ihr von eurer MdB Sylvia Kotting-Uhl erhaltet. 4x habt ihr mich in den Bundestag geschickt, dafür danke ich euch sehr, aber nun ist es auch genug. Es war eine gute Zeit, auch wenn ausschließlich in der Opposition. Gerade wir Umweltpolitiker*innen haben Konzepte ohne Ende erarbeitet, mit denen sich jetzt gut in eine Regierungskonstellation gehen lässt. Den Neid, bei der absehbaren Regierung nicht dabei zu sein, habe ich einigermaßen im Griff, da mir die Befriedigung, Gesetzentwürfe zu erarbeiten, die dann auch beschlossen und umgesetzt werden, tatsächlich auch in der Oppositionszeit vergönnt war.

Zuerst war es die **Lex Asse** – das Gesetz, das die Rückholung des Atommülls aus dem gescheiterten Endlager Asse II zum Ziel hat. Dieses von mir initiierte Gesetz wurde gegen die ursprüngliche Absicht des Bundesumweltministeriums fraktionsübergreifend von Abgeordneten erarbeitet. Heute ist die nach dem StandAG neu gegründete Bundesgesellschaft für Endlagerung BGE Vorhabenträgerin und bereitet die Rückholung vor, die 2033 beginnen soll. Ein immenser kostenintensiver Aufwand, der verdeutlicht, dass im Umgang mit Atommüll keine leichtfertigen Entscheidungen getroffen werden dürfen. Die Lex Asse hat insofern mit den Boden bereitet für das StandAG.

2017 wurde das **Standortauswahlgesetz** StandAG, das den wissenschaftsbasierten, transparenten, partizipativen, selbsthinterfragenden und lernenden Prozess für eine Endlagersuche für den hochradioaktiven Atommüll

festlegt, von Bundestag und Bundesrat beschlossen. Initiiert in den grün-roten Koalitionsverhandlungen 2011 in Baden-Württemberg, die ich damals im Bereich Umwelt und Energie für die Grünen geleitet habe, entwickelt in einer 2014 bis 2016 tagenden Kommission aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik, schreibt das StandAG deren Empfehlungen 1:1 fest. Es ist ein grün geprägtes Gesetz, mit dessen Beschluss im Bundestag wir Neuland betreten haben. Gerade in seinem partizipativen und lernenden Anspruch weist das Gesetz weit über die Aufgabe Endlagersuche hinaus und kann eine Blaupause sein für die in meinen Augen notwendige Weiterentwicklung unserer Demokratie mit partizipativen Elementen wie Bürger*innenräten.

Die Endlagersuche ist gestartet, wir befinden uns in der ersten Suchphase, in der ausschließlich mit vorhandenen Daten gearbeitet wird. Um die im StandAG versprochene Transparenz zu ermöglichen, waren harte Kämpfe mit dem Wirtschaftsministerium auszufechten. Der vom BMWi vorgelegte Entwurf für ein **Geologiedatengesetz** GeolDG stand für einen überbordenden Schutz von Daten privater Dritter und wurde von mir und unserer Fraktion abgelehnt. In Absprache mit den grün (mit)regierten Ländern kam der Gesetzentwurf in den Vermittlungsausschuss, in dessen Vorbereitung es mir gemeinsam mit André Baumann gelang, für uns wesentliche Punkte im Sinn des öffentlichen Interesses mit dem Wirtschaftsministerium zu verhandeln. Seit Juni 2020 ist nun ein GeolDG in Kraft, das dem Standortauswahlgesetz nicht widerspricht.

Seit 2017 bin ich **Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Deutschen Bundestag**. Dort wollte ich nicht nur mit Anhörungen

ES WAR EINE GUTE ZEIT!



und Fachgesprächen an unserem Hauptthema Klimaschutz arbeiten, sondern auch praktisch. So habe ich in Absprache mit dem Staatssekretär Flasbarth dafür gesorgt, dass die Referent*innen des BMU nicht mehr zu den Sitzungen des Ausschusses von Bonn eingeflogen, sondern digital zugeschaltet werden. Wir haben lange vor Corona als einziger Ausschuss schon hybrid getagt. Auch konnte ich meine Umweltausschuss-Kolleg*innen überzeugen, bei der Delegationsreise 2020 auf Flüge zu verzichten. Die geplante Bahnreise nach Norwegen fiel dann leider wie alle anderen Reisen der Corona-Situation zum Opfer.

Neben der Hauptaufgabe jedes Ausschusses – der nichtöffentlichen Beratung von Anträgen und Gesetzentwürfen – haben wir in so gut wie jeder Sitzungswoche eine, manchmal sogar zwei öffentliche Anhörungen oder Fachgespräche durchgeführt. Dabei habe ich dafür gesorgt, dass das ganze Themenspektrum unseres Ausschusses bearbeitet wurde: Biodiversität, Klimaschutz, Wasser, Boden, Wälder, Zoonosen, Plastikmüll, Kreislaufwirtschaft, Strahlenschutz. Eine öffentliche Befassung mit der Situation in Fukushima 10 Jahre nach dem GAU sagte ich kurzfristig wieder ab, da die AfD auf einer eigenen Sachverständigen bestand, die aus Forschungen zur Strahlenbelastung nach dem GAU von Tschernobyl herausgefunden haben will, dass die Schäden eher harmlos und jedenfalls gesellschaftlich akzeptabel seien. Eine Verhöhnung von Strahlenopfern am Jahrestag einer Reaktorkatastrophe findet unter meinem Vorsitz im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages nicht statt!

Obwohl eine Ausschussvorsitzende keine Sprecher*innenfunktion für ein Thema hat, bearbeite ich die Atomthemen für die Fraktion auch in dieser Wahlperiode.

Meine parlamentarischen Initiativen gelten z.B. der **Schließung der deutschen Atomfabriken** Urenco in Gronau (Urananreicherung) und ANF in Lingen (Brennelementeherstellung), die das globale Atomkarussell antreiben und ohne deren Schließung der deutsche Atomausstieg unvollständig bleibt. Wenige Tage, nachdem ich das im Bundestag beim von uns Grünen aufgesetzten TOP „10 Jahre Fukushima“ erneut gefordert habe, hat mir das Bundesumweltministerium in „12 Punkte für die Vollendung des Atomausstiegs“ recht gegeben. Das ist nun festgeschriebene Aufgabe für die kommende Wahlperiode.

Auch die **Atompläne von Nachbarländern** haben mich weiterhin beschäftigt, zuletzt die Laufzeitverlängerungen in Frankreich und Neubaupläne in Polen. Die Bundesregierung lehnt grundsätzlich ab sich einzumischen und Stellungnahmen abzugeben. Ein Gutachten zu Auswirkungen auf Deutschland im Fall eines GAUs in Polen, das ich an das Espoo-Komitee übergab, erzwang nun endlich die Aktivität Deutschlands und Polen seinerseits ist vom Espoo-Komitee aufgefordert sich zu meinem Gutachten zu verhalten.

Liebe Freundinnen und Freunde, das sind aus heutiger Sicht die wichtigsten Erfolge meiner Zeit im Bundestag. Meine Mitarbeiter*innen und ich haben viel gearbeitet und ich war eine bei aller Bereitschaft zum Streit konsensbereite Abgeordnete, die auch in der Opposition gestalten wollte. Ich selbst bin heute mit meiner Gesamtbilanz zufrieden und hoffe, ihr seid es auch.

Ich danke euch für 16 Jahre Bundestag.

Eure



CHRIS KÜHN

SPRECHER FÜR BAU- UND WOHNUNGSPOLITIK

WWW.CHRISKUEHN.DE

Tel. 030 / 227-73097, Fax 030 / 227-76097, christian.kuehn@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Poststraße 2-4, 72072 Tübingen

Tel. 07071 / 9997958, christian.kuehn.ma04@bundestag.de

WIEDER BEZAHLBAR WOHNEN – ENDLICH KLIMAFREUNDLICH BAUEN

Die Bilanz von Kanzlerin Merkel und Bauminister Seehofer am Ende ihrer Regierungszeit beim Bauen und Wohnen ist niederschmetternd. Explodierende Wohnkosten, schwindende Sozialwohnungen, kaum bezahlbares Eigentum für Familien in Ballungsräumen auf der einen Seite, Leerstand und verödete Ortskerne auf der anderen Seite. Was am Ende dieser schwarz-roten Regierungszeit bleibt, ist ein Bauminister, der viel versprochen hat und wenig hält. Er hat den Rahmen beim Bauen falsch gesetzt, die Wohnungsfrage als die soziale Frage unserer Zeit nicht beantwortet und ein großes ökologisches Potential brach liegen lassen. Es wurde zu wenig in bezahlbares Wohnen investiert und der Klimaschutz im Gebäudebereich kam nicht entscheidend voran. Er hat nichts zur Einsparung der CO₂-Mengen beigetragen und ist mit Blick auf die Pariser Klimaziele ein Problemsektor dieser Bundesregierung. Statt des Brimboriums zweier Hochglanzgipfeln zum Wohnungsbau, die das Verfehlen der eigenen Zielzahlen im Neubau kaschieren sollten, hätte es in diesen Jahren eines neuen Aufbruchs und viel mehr Investitionen bedurft. Eines Aufbruchs für gutes, bezahlbares und ökologisches Wohnen für alle.

RECHT AUF WOHNEN UNTER DRUCK

Wohnen ist ein Menschenrecht. Doch bei der Bezahlbarkeit des Wohnens fällt die schwarze Bilanz von Horst Seehofer und Angela Merkel sehr düster aus. Immobilien und Bauland sind so teuer wie nie. Die Wohnkostenbelastung ist enorm. Zwischen den Mieten und Haushaltseinkommen geht die Schere angesichts beispiellos hoher Mietpreise und in der Pandemie vielfach wegbrechender Einkommen immer weiter auseinander.

Das Verhältnis von Kaufkraft zu Mieten hat sich zu einem großen gesellschaftlichen Problem für breite Bevölkerungsschichten ausgewachsen. Zu viele Menschen sind gerade in prosperierenden Städten und Regionen überlastet. Den Kommunen fehlen die richtigen Instrumente, um vor Ort Abhilfe zu schaffen. Sie werden ihnen schon viel zu lange vorenthalten. Der Dauerstreit der Großen Koalition bei der Frage des Umwandelungsschutzes von Mietwohnungen kam hinzu und hat die Baupolitik immer wieder gelähmt.

Auch beim Wohnungsneubau verfehlt Seehofer das von ihm selbst ausgegebene Ziel deutlich. Er kann gerade einmal zwei Drittel seiner für diese Legislaturperiode versprochenen 1,5 Millionen gebauten Wohneinheiten vorweisen. Statt einer Investitionsoffensive für bezahlbaren Wohnraum, die es spätestens mit dem Zusammentreffen von Wohnungskrise und Coronakrise auch volkswirtschaftlich gebraucht hätte, kam der soziale Wohnungsbau bei Schwarz-Rot massiv unter die Räder. Der Sozialwohnungsbau wurde auf eine Milliarde Euro pro Jahr halbiert! Im Ergebnis verschwinden pro Tag gut einhundert Sozialwohnungen in Deutschland. Die Bundesregierung und Bauminister Horst Seehofer haben ihre Kernziele krachend verfehlt, die sie sich mit ihrer „Wohnraumoffensive“ vor zwei Jahren selbst gesetzt hatten.

Es braucht uns Grüne zum Gegensteuern. Wir schlagen das Konzept einer Neuen Wohngemeinnützigkeit vor. Damit alleine schaffen wir bereits eine Millionen garantiert und dauerhaft bezahlbare Wohnungen. Wir stoppen davongaloppierende Mieten mit einer echten Mietpreisbremse, die nicht wie zurzeit durchlöchert ist und zig Ausnahmen kennt. Wir machen Schluss mit dem Sozialwohnungsschwund und erleichtern zukünftigen Wohnungsbesitzer:innen die Eigentumsbildung,

WIEDER BEZAHLBAR WOHNEN

ENDLICH KLIMAFREUNDLICH BAUEN

indem wir heutigen Mieter:innen mehr von ihrer Miete lassen und überteuerte Maklergebühren beim Wohnungskauf durch unser Bestellerprinzip abschaffen.

BAU- UND WÄRMEWENDE NOTWENDIG

Beim Klima- und Ressourcenschutz war der Bauminister ein echter Bremser. Das belegt auch die aktuelle Klimabilanz 2020 der Bundesregierung schwarz auf weiß. Der Gebäudebereich hat mehr als alle anderen Sektoren seinen Beitrag zum Klimaschutz verfehlt. Das verpflichtet Seehofer nun zu Sofortmaßnahmen, die er gegenüber dem neu eingerichteten Klimarat glaubhaft darstellen muss.

Die Zielverfehlung kommt nicht überraschend. Der Bauminister hat zuletzt ein ambitioniertes Gebäudeenergiegesetz blockiert. Der Wärmeverbrauch stagniert und ist zu drei Vierteln fossil, was auch an die Adresse von Energieminister Altmaier geht. Was fehlt sind moderne Energiestandards für Neubauten und Sanierungen sowie gezielte Förderprogramme und -instrumente. Damit er klimapolitisch Wirkung erzielt muss der neu eingeführte CO₂-Preis im Wärmebereich angehoben von den Vermieter:innen gezahlt werden. Nur dies ergibt Sinn, denn dort wird über Investitionen pro oder contra Klimaschutz entschieden. Energetische Sanierungen wollen wir Grüne zielgerichteter fördern und die Kosten fair verteilen. So sorgen wir für den fehlenden Schwung bei der Gebäudesanierung.

In der Ressourcenkrise geht es jedoch um noch mehr. Wir müssen endlich dem „Weiter-so“ beim Bauen an die Substanz. Die Hälfte unseres Zivilisations-Mülls entsteht auf den Baustellen. Obwohl viel abgerissen wird, wird nur ein Bruchteil der Baustoffe recycelt und wiederverwendet. Wir können es uns nicht länger leisten,

wertvolle Baumaterialien wegzuschmeißen. Schon länger existieren alarmierende Berichte über Sandknappheit und Naturzerstörung bei dessen Abbau. Unsere gegenwärtige Bautätigkeit steht international wie national der Umsetzung unserer Klima- und Nachhaltigkeitsziele diametral entgegen.

Darum streiten wir Grüne für eine Bauwende. Notwendig ist ein neuer, an den Prinzipien einer Kreislaufwirtschaft orientierter Ansatz beim Planen, Bauen und Nutzen von Wohn- und Gewerbeflächen. Insbesondere muss die Graue Energie beim Bau sichtbar werden. Graue Energie ist die Primärenergie, die zur Materialgewinnung, Herstellung, Transport und Entsorgung eingesetzt wird. Sie ist ein unterschätzter Treiber der Klimakrise. Elf Prozent der globalen CO₂-Emissionen entsteht allein bei der Herstellung von Baustoffen. Es ist deswegen höchste Zeit für ein Gebäuderessourcen-gesetz und einen Gebäuderessourcen-ausweis.

GRÜNER AUFBRUCH JETZT

Zum Ende der Regierungsära Merkel wird klar: Wir brauchen endlich einen sozial-ökologischen Aufbruch beim Bauen und Wohnen im Land. Schwarz-Rot ist ausgelagt, ideen- und konzeptionslos. Das wird zunehmend zur Gefahr. Zur Gefahr für den sozialen Frieden im Land und zur Gefahr für unseren Planeten, unsere Natur und die Zukunft unserer Kinder und Enkel. Wir Grüne haben die Konzepte und Lösungen für diese Fragen. Es ist höchste Zeit, dass sie in Umsetzung kommen.



BEATE MÜLLER-GEMMEKE

SPRECHERIN FÜR ARBEITNEHMERINNENRECHTE
UND AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK

WWW.MUELLER-GEMMEKE.DE

Tel. 030 / 227-73041 Fax 030 / 227-76041 beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Gartenstraße 18, 72764 Reutlingen

Tel. 07121 / 9092411, Fax 07121 / 9943186, beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de

ES GEHT MIR UM DEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT, DER GESTÄRKT WERDEN MUSS

Es ist eine besondere Wahlperiode. Die Corona-Pandemie überlagert seit über einem Jahr alles und wirkt gerade bei den Themen, die bei uns im Ausschuss Arbeit und Soziales im Mittelpunkt stehen, wie ein Brennglas. Gleichzeitig haben wir in der Fraktion viele neue Konzepte entwickelt – insbesondere für die Transformation, die wir nicht nur ökologisch, sondern auch sozial, ausgestalten wollen. Es muss fair zugehen in der Arbeitswelt und die Menschen brauchen Chancen und Perspektiven. Nur so entsteht Vertrauen für grüne Politik. Auch die Arbeit im Petitionsausschuss ist mir wichtig. Denn als Abgeordnete müssen wir zuhören, immer wieder innehalten, unsere Positionen überdenken und dabei unseren Blickwinkel weiten.

Diese Wahlperiode ist auch anders, weil es jetzt eine antidemokratische Partei im Bundestag gibt. Der Ton ist deutlich aggressiver geworden – im Bundestag und in unserer Gesellschaft. Die AfD legt es darauf an, den Bundestag, die parlamentarischen Abläufe und damit unsere Demokratie verächtlich zu machen. Sie will sich in unserer Gesellschaft festzusetzen. Und das probiert sie auch in der Arbeitswelt. Wie die AfD versucht, Betriebe zu unterwandern, darüber habe ich einen Beitrag für das Dossier „Rechtspopulismus in Baden-Württemberg“ der Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg geschrieben, der hier <https://gruenlink.de/1z7b> nachgelesen werden kann.

GRÜNER GEWERKSCHAFTS- UND SOZIALBEIRAT

Die Herausforderungen, die vor uns liegen, sind groß – Corona, Klimaschutz, Digitalisierung, Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Diese Themen haben wir intensiv in unserem neuen Gewerkschafts- und Sozialbeirat diskutiert, den die Bundestagsfraktion auf meine Initiative

hin ins Leben gerufen hat. Dem Beratungsgremium gehören die Spitzen der Gewerkschaften und Sozialverbände sowie Wissenschaftler*innen an. Es ist mittlerweile ein wichtiges Gremium, das unsere Fraktion mit Expertise und Sachkompetenz bereichert. Hier werden kritische Fragen gestellt, konstruktive Debatten geführt und gemeinsam an guten und vorausschauenden Lösungen gearbeitet.

TARIFBINDUNG STÄRKEN, DENN KOLLEKTIVE REGELUNGEN SIND IMMER BESSER

Beschäftigte mit niedrigem Einkommen, ohne Tarifverträge und ohne Betriebsrat sind von den Folgen der Corona-Pandemie besonders betroffen. Sie erleiden aktuell die stärksten Einkommenseinbußen. Wer tariflich abgesichert ist, kommt besser durch die Krise. Diese Lehre aus der Corona-Krise bestärkt uns, die Tarifbindung zu stärken. Deshalb fordere ich beispielsweise mit meinem neuesten Antrag auch für den Bund ein Tariftreuegesetz, wie es bereits in zahllosen Bundesländern existiert. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollen künftig nur Unternehmen zum Zuge kommen, die tarifgebunden sind oder zumindest Tariflöhne zahlen. Tarifverträge sind wichtig, denn sie sorgen für bessere Löhne, beispielsweise im Bereich der Pflege, und auch für mehr Gleichheit bei der Bezahlung von Frauen und Männern.

DEN STRUKTURWANDEL SOZIAL FLANKIEREN – DIE DIGITALISIERUNG SOZIAL GESTALTEN

Die Wirtschaft muss klimaneutral werden und das sorgt für enormen Veränderungsdruck. Dabei geht es um die Frage, wie wir in Zeiten des Strukturwandels Beschäftigungssicherheit erreichen und das geht nur mit Weiterbildung und Qualifizierung. Ich fordere deshalb mit einem Antrag ein Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld, das eng an die Sozialpartnerschaft, an Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen gekoppelt und konsequent mit der

ES GEHT MIR UM DEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT, DER GESTÄRKT WERDEN MUSS

Qualifizierung der Beschäftigten verbunden ist. So werden die Unternehmen im Transformationsprozess unterstützt und die Beschäftigten werden qualifiziert, ohne dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Gleichzeitig wollen wir ein Mitbestimmungsrecht zur Verbesserung der Klimabilanz im Unternehmen einführen. Die Beschäftigten sollen zu Akteuren beim Klimaschutz werden und sich aktiv und innovativ einmischen können.

Auch durch die Digitalisierung verändern sich Arbeitsplätze und Arbeitsstrukturen. Deshalb fordern wir ein Update bei der Mitbestimmung, damit sich die Beschäftigten auf Augenhöhe für gute Arbeitsbedingungen auch in der digitalen Arbeitswelt einbringen können. Mehr Mitbestimmung ist insbesondere bei der qualitativen Personalentwicklung dringend notwendig. Das haben wir auch in der Enquetekommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ aufgearbeitet. Die Betriebsräte sind hier wichtig, denn Ziel muss sein, möglichst viele Menschen fit für die neuen Herausforderungen zu machen.

HOMEOFFICE UND MOBILES ARBEITEN BEDEUTET MEHR ZEITSOUVERÄNITÄT

Wandel bietet immer Chancen. Mit einem Recht auf Homeoffice und mobiles Arbeiten entstehen beispielsweise mehr Freiheiten, damit Arbeit besser ins Leben passt. Und gleichzeitig schonen wir damit auch unser Klima. Homeoffice darf aber immer nur freiwillig sein, mit einem Rückkehrrecht und alternierend zum festen Arbeitsplatz. Die Digitalisierung birgt aber auch Risiken. Arbeit darf insbesondere nicht entgrenzen und davor wollen wir die Beschäftigten durch klare Regeln bei der Erreichbarkeit und Arbeitszeit schützen. Homeoffice ist in Zeiten von Corona auch Infektionsschutz. Deshalb habe ich im Januar die Bundesregierung aufgefordert, eine Verordnung auf den Weg zu bringen, mit der die Unternehmen verpflichtet werden, ihren Beschäftigten

Homeoffice zu ermöglichen. Nach anfänglichem Zögern hat Bundesarbeitsminister Heil diese Verordnung Ende Januar auf den Weg gebracht. Seither steigt die Zahl der Beschäftigten im Homeoffice wieder an. Und das ist gut, denn ein Prozent mehr kann die Infektionszahlen bis zu acht Prozent senken.

SOLO-SELBSTSTÄNDIGE AUF PLATTFORMEN ABSICHERN

Im Zuge der Digitalisierung gewinnt die Arbeit über Plattformen zunehmend an Bedeutung. Crowd-, Click- und Gigworker, die über solche Plattformen Aufträge erhalten, brauchen auch faire Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, sich zu organisieren. Und wir wollen uns für Mindesthonorare einsetzen, wenn Menschen besonders prekär selbstständig arbeiten. Unser Anspruch muss sein, dass wir auch im digitalen Wandel alle im Blick haben.

NIEMANDEN ALLEINE LASSEN UND NIEMANDEN VERGESSEN

Die Corona-Pandemie führt dazu, dass mehr Menschen langzeitarbeitslos werden. Wir brauchen deshalb unbedingt einen Perspektivwechsel bei der Arbeitsförderung. Die schnelle Vermittlung in Arbeit greift zu kurz und setzt eindeutig den falschen Fokus. Mit einem Antrag fordere ich deshalb, dass in der Arbeitsförderung soziale Teilhabe als Ziel verankert und eine individuelle Unterstützung entsprechend den Stärken und Schwächen der Menschen ermöglicht werden. Für manche braucht es Zwischenschritte und für andere gibt es nur dauerhaft den Sozialen Arbeitsmarkt als Perspektive. Und diesen Anforderungen muss das SGB II endlich gerecht werden. Ich möchte die Menschen wieder zu Akteuren ihres Lebens machen. Und das geht nur mit Wertschätzung, Freiwilligkeit und mit einer Beratung auf Augenhöhe.



CEM ÖZDEMİR

VORSITZENDER DES AUSSCHUSSES
FÜR VERKEHR UND DIGITALE INFRASTRUKTUR

WWW.OEZDEMIR.DE

Tel. 030 / 227-75070, Fax 030 / 227-76069, cem.oezdemir@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Königstrasse 78, 70173 Stuttgart

Tel. 0711 / 65 83 29 00, Fax 0711 / 65 83 29 01, cem.oezdemir.wk@bundestag.de

VERKEHRSWENDE HEISST MODERNISIERUNG

Wir Grüne kämpfen für die Verkehrswende. Ob auf dem Dorf, in der Stadt, im Land oder im Bund. Und Verkehrswende heißt für uns eben nicht, den Menschen vorzuschreiben, wie sie sich zu bewegen haben. Überall dort, wo wir regieren, sorgen wir dafür, dass sie klimafreundliche Alternativen zum eigenen Auto haben. Wir sorgen dafür, dass Menschen wählen können und möglichst sicher, sauber und bezahlbar unterwegs sind. Jede:r von Euch kennt das folgende Phänomen: Egal, wo und mit wem wir über die Vorteile und Chancen von Verkehrswende sprechen, irgendwann kommt jemand und erklärt, dass das ja alles, wenn überhaupt, nur etwas für die Menschen in der Stadt sei und auf dem Land ja sowieso nicht funktioniere. Verkehrswende, ÖPNV und Radverkehr als Luxus für Großstädter:innen.

SCHLECHTE VERKEHRSPOLITIK IM BUND IST KEIN NATURGESETZ!

Ich bin in Bad Urach groß geworden und wenn mir jemand erzählt, das Fahrrad sei eine Sache der Stadt, dann hat diese Person wenig Ahnung von ländlichen Regionen. Für viele Kinder und Jugendliche auf dem Land und für alle, die sich auch als Erwachsene kein eigenes Auto leisten können oder wollen, ist das Fahrrad oft das Mittel der Wahl, um in die Schule oder zum Einkaufen zu fahren. Und zum anderen ist es eben kein Naturgesetz, dass Menschen auf dem Land ohne eigenes Auto nicht gut angebunden sind. Es ist kein Naturgesetz, wenn der einzige Bus, der fährt, der Schulbus ist. Wenn seit 1994 in Deutschland rund 5400 Kilometer Gleise stillgelegt wurden und Menschen in 115 Mittelzentren in Deutschland keinen Anschluss an den Regionalverkehr auf der Schiene haben. Genauso wenig ist es gottgegeben, dass Start-Ups in ländlichen Regio-

nen genau schauen müssen, ob Internet und Mobilfunk stabil und schnell genug sind. Das alles ist eben kein Naturgesetz. Das ist die Folge falscher Politik von SPD, CDU und insbesondere von der CSU im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Spätestens hier wird deutlich: Verkehrswende heißt Modernisierung!

DIE STRASSE MÖGLICHST EFFIZIENT NUTZEN

Das Auto hat selbstverständlich einen Platz im Verkehrsmix der Zukunft. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass es schnell emissionsfrei wird. Gerade auf dem Land ist das E-Auto ein Ass im Ärmel, schließlich haben hier besonders viele Menschen die Möglichkeit, sich zuhause eine Ladestation, eine Wallbox, einzubauen. Verkehrswende heißt für uns aber nicht, 45 Millionen fossile Verbrenner durch 45 Millionen E-Autos zu ersetzen. Wir Grüne sind Fans von Effizienz und treten dafür ein, das Auto effizienter zu nutzen. Hier liegt ein riesiges Potential für den Klimaschutz, aber auch für neue Geschäftsmodelle. Ein Auto in Deutschland steht durchschnittlich 23 Stunden am Tag. Und wenn es fährt, fährt es drei bis vier leere Plätze durch die Gegend! Würde man nun die Auslastung auf durchschnittlich zwei Personen erhöhen, könnte man die Anzahl der Fahrten um 25 Prozent senken.

Bis vor einigen Jahren war das Bündeln von Einzelfahrten, das „Ride-Pooling“ von Fahrten ein nahezu unlösbares logistisches Problem, wenn sich die Menschen nicht vorher kannten und absprechen konnten. Dann ging das früher nur mit festen Fahrplänen und fixen Routen. Dank der Digitalisierung ist es heute möglich, per App einen Fahrtwunsch zu äußern und Algorithmen rechnen dann in Sekundenbruchteilen die besten Streckenkombinationen aus, um möglichst viele Menschen

VERKEHRSWENDE HEISST MODERNISIERUNG



mitzunehmen. Das einzige Problem: In Deutschland waren solche flexiblen Pooling-Dienste bisher nicht generell erlaubt, innovative Mobilitätsdienste wie MOIA, CleverShuttle oder SSB Flex fuhren mit zeitlich begrenzten Ausnahmegenehmigungen. Um das zu ändern, brauchte es eine Reform des Personenbeförderungsgesetzes.

MEHR MOBILITÄT, WENIGER VERKEHR

Auch wenn die wenigsten das Personenbeförderungsgesetz mit Namen kennen, so haben die allermeisten von uns doch oft mit dem Gesetz zu tun. Zum Beispiel immer dann, wenn wir mit den Öffis, dem Taxi oder dem Mietwagenservice irgendwo hingefahren werden. Das Gesetz mit dem sperrigen Namen ist nicht viel weniger als das Grundgesetz des öffentlichen Verkehrs. Und ungefähr so herausfordernd ist es auch, das Gesetz zu modernisieren. Der digitale Fortschritt auf dem Mobilitätsmarkt hat die Reform dringend notwendig gemacht. Das geht nur gemeinsam, nicht gegeneinander.

Deshalb haben wir Grüne auch an der vom Bundesverkehrsminister Scheuer einberufenen „Findungskommission“ teilgenommen. Dort saßen Vertreter:innen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen aus Bund und Ländern. Für unsere Grün-mitregierten Länder arbeitete dort Winne Hermann mit und für den Bund ich als Vorsitzender des Verkehrsausschusses und Vertreter der grünen Bundestagsfraktion. Gemeinsam haben wir uns in der Kommission stark gemacht für das Prinzip „Mehr Mobilität, weniger Verkehr“, für Sozialstandards, Barrierefreiheit und bessere Kontrolle der Kommunen über Mobilitätsplattformen wie Uber. Uns Grünen war wichtig, dass wir die neuen Pooling-Dienste erlauben, aber keine Kannibalisierung des öffentlichen Verkehrs und der Taxen bekommen.

EIN GUTER KOMPROMISS MIT GRÜNER HANDSCHRIFT

In der Findungskommission einigten wir uns auf ein Eckpunktepapier. Das heißt, fast alle einigten sich, nur die FDP machte nicht mit, da sie aus unserer Sicht für eine weitestgehend Liberalisierung des Marktes zu Lasten von Taxi und ÖPNV eintraten. Auf Basis des Eckpunktepapiers entwarf das Verkehrsministerium einen Gesetzentwurf. Doch leider setzte der nicht den Geist der Findungskommission um und wäre für uns Grüne nicht tragbar gewesen. Denn er hätte kapitalintensive Player wie Uber bevorzugt und keine hinreichenden Anti-Dumping-Regelungen enthalten. Winne und ich mussten also noch einmal ran und haben zusammen mit unserem hessischen Kollegen Tarek Al-Wazir erfolgreich nachverhandelt.

Der Kompromiss, der nun final verabschiedet wurde, bleibt ein Kompromiss, aber einer mit klarer grüner Handschrift: Die Kommunen haben es in der Hand. Ihnen steht es nun frei, Mindestpreise für Mietwagendienste wie Uber festzulegen, um einen unfairen Wettbewerb auf dem Rücken der Fahrer:innen zu unterbinden. Und Großstädte können zusätzlich eingreifen und zum Beispiel bei Auflagen zur Barrierefreiheit und Sozialstandards nachschärfen, wenn eine ungute Verdrängung von Bus, Bahn und Taxi droht. So verhindern wir Dumping-Angebote, die die Straßen mit mehr Verkehr verstopfen und ermöglichen gleichzeitig die neuen Pooling-Dienste. Jetzt werden wir uns anschauen, wie sich der Kompromiss in der Praxis macht. Weitere Reformen werden sicher folgen.



CHARLOTTE SCHNEIDEWIND-HARTNAGEL

MITGLIED IM FAMILIENAUSSCHUSS UND IN DER KINDERKOMMISSION

WWW.CHARLOTTE-SCHNEIDEWIND.DE

Tel. 030 / 227- 75005, Fax 030 / 227- 70006, charlotte.schneidewind-hartnagel@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Gartenweg 10, 74821 Mosbach

WAHLKREISBÜRO Obere Mauergasse 60, 97980 Bad Mergentheim

charlotte-schneidewind-hartnagel.wk@bundestag.de

NACHGERÜCKT IN DIE VERANTWORTUNG – FÜR DIE MENSCHEN UND DAS GANZE

Ein wenig überraschend bin ich im November 2019 in den Bundestag nachgerückt. Mit meiner Erfahrung aus vielen Jahren grüner Politik auf Kommunal- und Landesebene darf ich seitdem unter der gläsernen Kuppel des Reichstagsgebäudes die Interessen der Menschen zwischen Neckar und Tauber vertreten – als erste Grüne Bundestagsabgeordnete des Wahlkreis Odenwald-Tauber seit einer gefühlten Ewigkeit von 28 Jahren.

Ich wurde gut in Berlin aufgenommen. Die Kolleg*innen in der Fraktion vertrauten mir wichtige Themen an, obwohl die Kompetenzen längst verteilt waren. Ich konnte mich zunächst für Alleinerziehende einsetzen und anschließend den grünen Sitz in der Kinderkommission des Bundestags sowie einen Sitz im Ausschuss für Familien, Senior*innen, Frauen und Jugend übernehmen. Inzwischen bin ich auch Sprecherin für Zeitpolitik – ein Gebiet, auf dem viele Weichen für die Zukunft gestellt werden – und Vorsitzende der Kinderkommission.

FÜR DIE HELD*INNEN DES ALLTAGS

Meinen ersten Beitrag für SüdWestGrün leitete ich mit einem Zitat des früheren US-Präsidenten Barack Obama aus dem Jahr 2011 ein: „Wir sollten alles dafür tun, damit dieses Land den Erwartungen unserer Kinder gerecht wird.“ Das bedeutet, dass wir uns auch um die Mütter und Väter in allen Familienformen kümmern müssen. In dem von mir erarbeiteten Positionspapier „Alle Familien im Blick – Auch für Alleinerziehende bessere Bedingungen schaffen“ fordert die grüne Bundestagsfraktion etwa eine Kindergrundsicherung, die Abschaffung von Steuerklasse V und die Aufhebung der Sanktionen in der Grundsicherung, ein Recht auf Homeoffice und mehr Mitbestimmung bei den eigenen Ar-

beitszeiten. Nicht die Ein-Eltern-Familie ist defizitär, sondern die Rahmenbedingungen, auf die sie trifft. Diese Aspekte gewannen noch an Relevanz dazu, als während der Arbeit an dem Papier die Corona-Pandemie den ersten Lockdown brachte.

Dabei geht es nicht um einige Wenige: Bundesweit, und auch in Baden-Württemberg, ist schätzungsweise jede fünfte Familie eine Einelternfamilie. Die Krise hat uns vor Augen geführt, dass vor allem in der Sozialpolitik generell viel Luft nach oben ist – für Kinder und Eltern. Das gilt aber auch für die Gesundheits- und Pflegeberufe und pflegende Angehörige – und das sind mehrheitlich Frauen. Für ihre Interessen setze ich mich aus tiefster Überzeugung ein.

ZEIT ALS INDIKATOR VON WOHLSTAND

Als zeitpolitische Sprecherin trete ich dafür ein, dass nicht nur materielle Sicherheit, sondern auch Zeit als Indikator von Wohlstand und Lebensqualität betrachtet wird. Wer selbstbestimmt leben will, braucht mehr Zeitsouveränität und Flexibilität.

Ich bin überzeugt, dass wir nicht nur die Diskussion zur geschlechtergerechten Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit, voranbringen, sondern auch zeigen, dass wir gute Lösungsansätze für drängende Fragen der Vereinbarkeit haben. Prämissen sind für mich Gerechtigkeit, Anerkennung von Sorgearbeit und Gleichstellung aller Geschlechter. Mit der KinderZeit Plus haben wir ein wirksames Instrument, damit alle Eltern mehr Zeit für die Familie haben und die Familienarbeit gerechter verteilt wird. Die jüngste Reform von Elterngeld und Elternzeit wird den Bedürfnissen von Eltern nicht gerecht. Das haben wir in einem Entschließungsantrag aufgezeigt. In Regierungsverantwortung werden wir es besser machen.

NACHGERÜCKT IN DIE VERANTWORTUNG **FÜR DIE MENSCHEN UND DAS GANZE**



PFLEGENDE STÄRKEN

Care-Arbeit aufzuwerten und neu zu verteilen, ist eine der drängendsten Fragen. In Deutschland kümmern sich rund 5 Millionen Menschen zu Hause um pflegebedürftige Erwachsene oder Kinder – oft ohne professionelle Unterstützung. Und immer noch sind zwei Drittel davon Frauen, die diese umfassende Arbeit leisten. Bereits während des ersten Lockdowns hat unser Arbeitskreis den Antrag „Pfleger*innen unterstützen – Nicht nur in der Corona-Krise“ eingebracht. Aktuell stehen wir mit einem weiteren Antrag in den Startlöchern. Mit der PflegeZeit Plus wollen wir pflegende Angehörige bei der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf auch finanziell besser unterstützen, Auszeiten flexibilisieren und die Betreuung auf mehrere Schultern verteilen.

ERSTMALS KLIMA IN DER KINDERKOMMISSION – MIT KINDERN

Zu meiner Freude hat mich die Bundestagsfraktion in die Kinderkommission berufen und seit Februar dieses Jahres habe ich dort den Vorsitz übernommen. Dabei ist mir besonders wichtig, nicht nur über sondern auch mit Kindern und Jugendlichen zu sprechen. Sie sind die besten Expert*innen für ihre Lebenswirklichkeit und ihre Wünsche. Auf meiner Website haben wir deswegen einen Kommunikationskanal für sie eingerichtet, durch den sie mich schnell und einfach erreichen können.

Meinen KiKo-Vorsitzzeit widme ich dem Thema „Auswirkungen von Klimawandel und Umweltzerstörung auf Kinder und Jugendliche“. Damit stehen erstmals in der Geschichte der Kinderkommission ökologische Fragen auf der Tagesordnung. Zum Abschluss der Legislaturperiode werden wir eine gemeinsame Stellungnahme vorlegen, die verschiedene Aspekte wie Bildung, Gesundheit, Verbraucher*innenschutz und Partizipation

berücksichtigt. Diesen Fragen gehen wir in insgesamt acht parlamentarischen Anhörungen nach.

STARKE KINDERRECHTE INS GRUNDGESETZ

Ein Punkt, das mir besonders wichtig ist, ist die Verantwortung von Kinderrechten im Grundgesetz. Eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes ist seit langer Zeit überfällig. Zum Thema „Kinderrechte in und nach der Corona-Krise“ habe ich meine Position mit einer Rede im Plenum unterstrichen. Durch Lockdown, Schul- und Kitaschließungen, Kontaktbeschränkungen und digitales Lernen steht das Leben der Kinder Kopf. Das hat gravierende Auswirkungen auf ihren Alltag, ihre Chancen und ihre Rechte – doch als es um Entscheidungen in der Covid-19-Pandemie ging, wurden Kinder nicht gehört.

Wir Grüne wollen schon lange die Kinderrechte im Grundgesetz stärken – nicht nur „angemessen“ wie die große Koalition, sondern „vorrangig“. Wir haben dazu 2019 einen Gesetzentwurf vorgelegt. Fast am Ende der Legislaturperiode zieht die Regierung zögerlich nach. Leider bleibt sie weit hinter unserem Entwurf zurück und wird den grundlegenden Forderungen der UN-Kinderrechtskonvention – Schutz, Partizipation und Förderung – nicht gerecht. Wir wollen und wir können es besser machen.

„Politik ist angewandte Liebe zum Leben“, hat Hannah Arendt gesagt – und im Kern hat sie damit recht. Für mich ist grüne Politik die beste Antwort auf die Verantwortung, die wir Menschen für uns selbst und für das Ganze haben. GRÜN ist Lust auf Gestalten, damit Gutes daraus wird. Das ist unsere Aufgabe als Abgeordnete, als starke Landesgruppe und als Fraktion in zukünftiger Regierungsverantwortung.



MARGIT STUMPP

SPRECHERIN FÜR BILDUNGS- UND MEDIENPOLITIK & DIGITALE INFRASTRUKTUR

WWW.MARGIT-STUMPP.DE Tel. 030 / 227-77236, margit.stumpp@bundestag.de

WAHLKREISBÜROS 1. Schnaitheimer Str. 40, 89520 Heidenheim an der Brenz, Tel. 07321 / 3530924, margit.stumpp.ma03@bundestag.de

2. Umwelthaus Aalen, Gmünder Str. 9, 73430 Aalen, Tel. 0151 / 50768901, margit.stumpp.ma05@bundestag.de

GEMEINSAM FÜR GERECHTE BILDUNGSCHENCEN, DIGITALE TEILHABE UND MEDIENVIELFALT

Bildungspolitisch war die Wahlperiode dominiert von der Pandemie, der Digitalisierung und den Kampf um gerechte Bildungschancen. Den Digitalpakt haben wir mit der Zustimmung zur Grundgesetzänderung ermöglicht und dann stetig Druck gemacht. Mit der Bundeszentrale für digitale und Medienbildung (<https://gruenlink.de/1q3x>) habe ich bereits vor der Krise gezeigt, was neben Breitband, WLAN und Endgeräten nötig ist, um Schulen erfolgreich und nachhaltig zu digitalisieren: eine niederschwellige Anlaufstelle für Lehrkräfte, wo sich qualitätsgeprüftes Lernmaterial und fundierte Infos finden. Daneben bin ich eingetreten für eine bedingungslose digitale Grundausstattung für alle Schulen. (<https://gruenlink.de/1rwc>).

Zu Beginn der Krise haben Robert und ich dargelegt, wie das Recht auf Bildung auch während Corona gesichert werden kann (<https://gruenlink.de/1yzt>). Mit Annelena habe ich einen Bildungsschutzschirm und eine Schnellteststrategie für Schulen und Kitas entwickelt. (<https://gruenlink.de/1ypn>).

Die Ungerechtigkeiten in unseren Schulen wurden noch größer, weil nicht alle Kinder und Jugendlichen in gleichen Maße am Fernunterricht teilhaben konnten oder zu Hause Unterstützung bekamen. Daher braucht es eine gemeinsame Anstrengung aller, um die Lernrückstände zu beheben, um mit einem verlässlichen Stufenplan Präsenzunterricht auch in der Pandemie zu ermöglichen. Das zeige ich in meinem Antrag „Wege aus der Bildungskrise“, der im März im Plenum debattiert wurde. (<https://gruenlink.de/1z50>).

SCHULEN IN HERAUSFORDERNDER LAGE

Das ungerechte Bildungssystem bleibt die Achillesferse des gesellschaftlichen Zusammenhalts, das dürfen wir nicht länger hinnehmen. Um den Bildungserfolg vom Elternhaus zu entkoppeln, brauchen wir ambitionierte und zielgerichtete Investitionen. Unsere Gemeinschaftsschulen im Ländle dienen hier als Vorbild, weil hier länger gemeinsam gelernt und Bildungsaufstieg ermöglicht wird. Daneben habe ich ein Förderprogramm für Schulen in benachteiligten Regionen und Quartieren konzipiert. Hier sollen anhand von Sozialindizes Schulen mit besonderen Herausforderungen besonders unterstützt werden, etwa mithilfe multiprofessioneller Teams, familienunterstützender Angeboten und expliziter Sprachförderung.

GERECHTIGKEIT UND DEMOKRATIE

Insgesamt wäre Bildung gerechter, wenn Förderung nach Bedürftigkeit erfolgen würde, statt nach dem Königsteiner Schlüssel, dieser fördert ein Kind in Bayern mit dem Vierfachen dessen, was ein Kind in Bremen erhält. (<https://gruenlink.de/1z0g>); wenn wir die Ganztagschule qualitativ und quantitativ ausbauen (<https://gruenlink.de/1z0j>) und wenn alle föderalen Ebenen gemeinsam für beste Bildung und damit Lebenschancen an einem Strang zögen. Dafür werde ich weiter eintreten. Ich bin überzeugt, dass Schulen ideale Orte sind, Demokratie zu erlernen und zu erfahren. Dafür muss dort auch Beteiligung gelebt und politische Bildung gestärkt werden (<https://gruenlink.de/1z0l>).

VIELFÄLTIGE MEDIENLANDSCHAFT STÄRKT DEMOKRATISCHE ÖFFENTLICHKEIT

Leider zementiert die Bundesregierung Medienkonzentration im Lokal- und Regionaljournalismus mit ihrer

GEMEINSAM FÜR GERECHTE BILDUNGSCHANCEN, DIGITALE TEILHABE UND MEDIENVIELFALT

Presseförderung. Ich hingegen setze mich für eine nachhaltige Stärkung der Medienvielfalt ein, die Qualitätsjournalismus in allen Medien im Blick hat. Einerseits durch die steuerrechtliche Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Journalismus (<https://gruenlink.de/1z3c>) und andererseits mit Hilfe eines staatsfernen Bund-Länder-Fördermodells für Lokal- und Regionaljournalismus als Gegenmodell zur Gießkannenförderung der GroKo.

JOURNALIST*INNEN LEBEN GEFÄHRLICH

Eine Kleine Anfrage von mir (<https://gruenlink.de/1z3e>) hat ergeben, dass sich bei uns die Zahl der gewaltsamen Angriffe auf Journalist*innen nahezu verdoppelt hat. Auffällig ist die hohe Zahl politisch motivierter Straftaten von Rechts und im Kontext von Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen. Das Bundesinnenministerium hingegen konstatiert: Man nehme keine zunehmende Feindseligkeit gegenüber Vertreter*innen traditioneller Medien wahr. Falsch! Der Schutz von Medienschaffenden muss strategisch und entschieden angegangen werden. Deswegen arbeite ich daran, dass die seit 27 Jahren erstmals überarbeiteten Verhaltensgrundsätze für Medien und Polizei des Deutschen Presserats übernommen werden.

Auch außenpolitisch verschließt die Regierung die Augen. Deswegen thematisiere ich die Verfolgung z.B. von Meşale Tolu oder Julian Assange. Denn freie Berichterstattung ist unverzichtbar für Demokratie.

SCHNELLES INTERNET SICHERT TEILHABE

Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig ein funktionierender Internetzugang für gesellschaftliche Teilhabe ist. Ob Homeoffice, Distanzunterricht oder digitale Verwaltungsleistungen: Nur mit

schnellem, verlässlichem Breitband-Internet können Menschen am gesellschaftlichen, zunehmend digitalisierten Leben teilnehmen. Deshalb setze ich mich seit Jahren für einen Rechtsanspruch auf schnelles Internet ein. In der Novelle des Telekommunikationsgesetzes hat die Bundesregierung den sog. „Universaldienst“ nur aufgegriffen, weil der Europäische Gerichtshof das zwingend vorsieht und völlig unzureichend formuliert. Ich fordere hingegen einen Breitband-Internetanschluss im Rahmen des Universaldienstes, dessen Übertragungsrate sich an der Mehrzahl der von den angeschlossenen Teilnehmenden genutzten Bandbreite bemisst und dynamisch angepasst wird. Damit ist sichergestellt, dass der Internetanschluss nicht nur auf einzelne Dienste wie E-Mail und Onlinebanking ausgelegt ist, sondern perspektivisch immer höhere Bandbreiten erzwingt. Denn Daseinsvorsorge und digitale Teilhabe ist mehr, als eine dürre E-Mail über langsames Kupfer zu schicken (<https://gruenlink.de/1z2q>).

RECHT AUF MOBILFUNK UMSETZEN

Unzureichende Versorgungsaufgaben aus der letzten Frequenzversteigerung, eine halb durchdachte Mobilfunkstrategie, eine fragwürdige Infrastrukturgesellschaft und ein überforderter Verkehrsminister. Die Voraussetzungen für den Ausbau zu einem leistungsfähigen Mobilfunknetz als Teil der Grundversorgung sind denkbar schlecht. Wir setzen mit dem Rechtsanspruch auf mobiles Internet, mit verpflichtendem Roaming und zügigem Glasfaserausbau einen zielführenden Rahmen (<https://gruenlink.de/1z4v>).

Damit wollen wir den Rückstand beim Ausbau des Mobilfunks auch im ländlichen Raum aufholen – damit gleichwertige Lebensverhältnisse keine hohle Floskel ohne Inhalt bleiben.



GERHARD ZICKENHEINER

WWW.GERHARD-ZICKENHEINER.DE

Tel. 030 / 227-74535, Fax 030 / 227-76656, gerhard.zickenheiner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Spitalstraße 56, 79539 Lörrach

Tel. 07621 94 90 471, gerhard.zickenheiner.wk@bundestag.de

KOMMUNEN ALS GAME CHANGER FÜR KLIMASCHUTZ UND NACHHALTIGKEIT

Nachrücken in den Bundestag ist was Besonderes. Aber der Kaltstart-Sprung ins fremde Gewässer Anfang 2019 mit 708 weiteren ParlamentarierInnen in voller Fahrt war auch nicht ganz einfach. Meine Basis: Berufliche und kommunalpolitische Erfahrung und mein Wissen, wie man aus einzelnen MitarbeiterInnen ein eingeschworenes Team macht. In den letzten beiden Jahren haben wir viel bewegt. Von den Themen, die mich besonders bewegt haben, möchte ich hier berichten. Ausgehend von meinem politischen Engagement und meinen kommunalpolitischen Erfahrungen ist eines meiner Ziele, die Kommunen in ihrer Handlungsfähigkeit zu stärken. Kommunen sind mit ihren vielfältigen Zuständigkeiten wichtige Game Changer auf dem Weg, die Paris-Ziele und die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs) zu erreichen. Seit Jahrzehnten engagieren sich BürgerInnen vor Ort und kämpfen für eine bessere Zukunft und einen nachhaltig gesunden Planeten. Diese Aktivitäten stärken und gleichzeitig mit konkreten regionalen Nachhaltigkeitsstrategien dafür zu sorgen, dass die Klima- und die Nachhaltigkeitswende gelingt, ist das erklärte Ziel der „Kommunalen Klima- und Nachhaltigkeitsstrategie“ (<https://gruenlink.de/1z5e>), die ich federführend für die Bundestagsfraktion entwickelt habe.

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Strategie kam die Corona-Pandemie und zunächst drehte sich verständlicherweise alles nur darum. Auch mein Büro und ich gingen ins Homeoffice und arbeiteten aber natürlich weiterhin an diesem Thema. Nur mit Konjunkturmaßnahmen werden wir die Pandemiefolgen in den Griff bekommen. Und die müssen nach vorne gerichtet sein: Ein Weiter so wie bisher kann es nicht geben – Die Zeit, unser Wirtschaften auf einen nachhaltigen Pfad zu lenken, ist JETZT!

EIN KOMMUNALES WIN-WIN-WIN- KONJUNKTURPROGRAMM

Aufbauend auf dem Ansatz, die Kraft der Veränderung der Kommunen viel stärker als bisher zu nutzen, habe ich einen Antrag aufgelegt, der die „Kommunale Klima- und Nachhaltigkeitsstrategie“ mit den zukünftig dringend benötigten Konjunkturmaßnahmen für Kommunen verknüpfen sollte. Im Antrag „Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit als kommunale Konjunkturmotoren nutzen“ (<https://gruenlink.de/1z5d>) habe ich in verschiedenen Bereichen dargelegt, welche Schritte jede Kommune sofort gehen kann.

Die Liste ist umfassend, aber nicht abschließend. Die möglichen Maßnahmen reichen vom Ausbau Erneuerbarer Energien und grüner Wärmeplanung, Verdreifachung der bisherigen Jahresleistung bei der energetischen Sanierung des Gebäudebestandes, über eine Stärkung des ÖPNV und Förderung der E-Mobilität bis hin zu nachhaltiger Beschaffung, naturnaher Bewirtschaftung kommunaler Wälder und Maßnahmen zu Moorschutz, einer Stärkung der ökologischen Landwirtschaft und Stärkung der Kreislaufwirtschaft.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen würde mehrfache Wirkung erzielen: Zum einen kann die Umsetzung der Klima- und Nachhaltigkeitsziele auf kommunaler Ebene damit umfassend angegangen werden. Zum anderen werden durch die massive Stärkung der kommunalen Investitionskraft insbesondere lokale Unternehmen in vielen klimarelevanten Bereichen sowie im Bereich Daseinsvorsorge, Infrastruktur und soziales Miteinander gestärkt und damit eine konjunkturelle Belebung vor Ort ermöglicht – ein echtes Win-Win-Win- Konjunkturprogramm!

KOMMUNEN

ALS *GAME CHANGER* FÜR

KLIMASCHUTZ & NACHHALTIGKEIT



FACHKRÄFTE FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Aus der intensiven Beschäftigung mit der konkreten Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in den Kommunen erwuchs ein zweites, brandaktuelles Thema: Wohin man schaut, verzögern sich Maßnahmen, weil es oft niemanden gibt, der sie umsetzt. Manchmal scheitert es auch davor: So gibt es zum Beispiel viel zu wenige RadwegeplanerInnen. Wir brauchen aber sowohl PlanerInnen als auch MacherInnen – die heute verfügbaren Fachkräfte schaffen es bereits jetzt nicht mehr, die Klimakonzepte der Bundesregierung umzusetzen. Und da wir wissen, dass die Konzepte der Regierung für das 1,5-Grad-Ziel bei weitem nicht ausreichen, ahnt man die Dimension der Aufgabe, die hier vor uns liegt.

Um die Größe des Problems überhaupt einschätzen zu können, habe ich über die Bundestagsfraktion eine Studie dazu in Auftrag gegeben. Die Bundesregierung, der dafür ungleich mehr Finanzmittel zur Verfügung gestanden hätten, hat das Problem komplett ignoriert. Im Antrag „Personelle Umsetzungsstrategie des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung“ (<https://gruenlink.de/1z5c>) habe ich die Bundesregierung aufgefordert, sich dem Problem umfassend anzunehmen. Mögliche Bausteine sind neben einer wissenschaftlichen Eruiierung des Bedarfs auch eine Aus- und Weiterbildungsstrategie, eine Stärkung des Handwerks und der MINT-Berufe. Der Fachkräftemangel muss umfassend angegangen werden, der Antrag gibt hier erste Antworten.

Vielen Fachfirmen fehlt zusätzlich das Vertrauen darauf, dass die Transformation nun tatsächlich mit den nötigen Mitteln und in konstantem Umfang in Angriff genommen wird, um ihre Firmen im gebotenen Umfang zu vergrößern und zu modernisieren. Vertrauen zu schaffen durch einen klaren und finanziell hinterlegten Pfad zur Klimaneutralität ist das Gebot der Stunde! Zudem eröffnet die Transformation für viele Menschen auch

Perspektiven und Zugang zu attraktiven Berufswegen und sinnstiftenden Tätigkeiten.

DIE GAP IM LÄNDLE: FÖRDERDSCHUNDEL UND BÜROKRATIECHAOS

Der Sitz im EU-Ausschuss ermöglichte mir auch die Arbeit an einem ganz besonderen Thema: Der Betrachtung der inhaltlichen Auswirkungen bei der „Übernahme“ von EU-Recht in Bundes- oder Landesrecht. Wir erleben gerade wieder, wie die Ziele des Green Deals bei der GAP-Förderung nach GroKo-Gutdünken konterkariert werden. Und ich kann aufzeigen, dass im bestehenden Recht auf Bundesebene aber auch im CDU-Ministerium in Baden-Württemberg ein wahrer Förderdschungel implementiert wurde, der gerade die kleinen und mittelständischen LandwirtInnen an vielen Stellen gängelt, ihnen mit kostspieligen bürokratischen Auflagen grundlos und ohne jeglichen ökologischen Mehrwert das Leben schwer macht, oft mit dem Verweis auf angeblich zwingendes EU-Recht, das diese Umstände aber weder beabsichtigt noch wirklich fordert. Hilfreich sind derartige Erkenntnisse auch im Diskurs mit den LandwirtInnen in meiner Region, die daraus auch ihre Schlüsse ziehen. Deshalb denken auch konventionelle LandwirtInnen in meinem Umfeld um und fordern Leistungen für Umwelt und Gesellschaft, anstelle von Geld für Flächenbesitz.

Ich bedanke mich bei allen, die mich in den vergangenen Jahren unterstützt haben, die mir geholfen haben und von denen ich lernen durfte. Während meiner Zeit im Bundestag ist es mir gelungen, durch meine Arbeit neue und wirkmächtige Themen in die GRÜNE Bundestagsfraktion einzubringen. Ich will meine Arbeit in der kommenden Legislaturperiode mit der gleichen Motivation und dem gleichen Engagement fortsetzen – in einer starken grünen Landesgruppe und einer starken grünen Fraktion, möglichst als stärkste Kraft im Bundestag!

BETREUUNGSWAHLKREISE

AALEN/ELLWANGEN	Margit Stumpp
ALB-DONAU	Margit Stumpp
BIBERACH	Agnieszka Brugger
BODENSEEKREIS	Agnieszka Brugger
BÖBLINGEN	Matthias Gastel
BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD	Gerhard Zickenheiner
CALW	Anna Christmann
EMMENDINGEN	Kerstin Andreae
ESSLINGEN	Matthias Gastel
ETTLINGEN	Sylvia Kotting-Uhl
FREIBURG	Franziska Brantner
FREUDENSTADT	Beate Müller-Gemmeke
GÖPPINGEN	Matthias Gastel
HEIDELBERG	Franziska Brantner
HEIDENHEIM	Margit Stumpp
HEILBRONN	Harald Ebner
HOHENLOHE	Harald Ebner
KARLSRUHE	Sylvia Kotting-Uhl
KARLSRUHE/LAND	Danyal Bayaz
KONSTANZ	Matthias Gastel
KURPFALZ-HARDT	Danyal Bayaz
LÖRRACH	Gerhard Zickenheiner
LUDWIGSBURG	Cem Özdemir
MAIN-TAUBER	Charlotte Schneidewind-Hartnagel
MANNHEIM	Franziska, Danyal
NECKAR-BERGSTRASSE	Franziska Brantner
NECKAR-ODENWALD	Charlotte Schneidewind-Hartnagel
ODENWALD-KRAICHGAU	Danyal Bayaz
ORTENAU	Franziska, Gerhard
PFORZHEIM/ENZKREIS	Sylvia Kotting-Uhl
RASTATT/BADEN-BADEN	Sylvia Kotting-Uhl
RAVENSBURG	Agnieszka Brugger
REMS-MURR	Anna Christmann
REUTLINGEN	Beate Müller-Gemmeke
ROTTWEIL	Beate Müller-Gemmeke
SCHWÄBISCH GMUND	Harald Ebner
SCHWÄBISCH HALL	Harald Ebner
SCHWARZWALD-BAAR	Chris Kühn
SIGMARINGEN	Chris Kühn
STUTTGART	Anna, Cem
TÜBINGEN	Chris Kühn
TUTTlingen	Beate Müller-Gemmeke
ULM	Margit Stumpp
WALDSHUT	Gerhard Zickenheiner
WANGEN	Agnieszka Brugger
ZOLLERNALB	Chris Kühn

SÜDWESTGRÜN erscheint drei- bis viermal im Jahr. Darin berichten wir als Landesgruppe Baden-Württemberg der grünen Bundestagsfraktion von unserer Arbeit.

SÜDWESTGRÜN wird als E-Mail mit PDF-Anhang versandt. Wer den Rundbrief regelmäßig beziehen möchte, schreibe bitte eine E-Mail mit dem Betreff „Abo Südwestgrün“ an harald.ebner@bundestag.de. Abmeldungen und Feedback aller Art bitte ebenfalls an diese Adresse!

Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden-Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein wie wir es gerne möchten. Daher seid ihr, die Grünen in Baden-Württemberg, unser stärkstes Bindeglied „ins Ländle“. Für uns ist es wichtig zu erfahren, was euch konkret auf den Nägeln brennt.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in engem Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin. Eure Ideen und euer Engagement sind eine wichtige Ergänzung zu unserer parlamentarischen Arbeit!

Da wir nicht in jedem Wahlkreis mit einer/einem eigenen MdB vertreten sind, haben wir das System der Betreuungswahlkreise eingerichtet. In der Liste links seht ihr, wer von uns für eurem Wahlkreis zuständig ist.

Mehr aus der Bundestagsfraktion immer aktuell unter **WWW.GRUENE-BUNDESTAG.DE**

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Harald Ebner MdB (Landesgruppensprecher)
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel. 030 / 227 73025
 Fax 030 / 227 76025
harald.ebner@bundestag.de